

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Der „Appell von Hannover“ schlägt vor, anlässlich des neuerlichen Überfalls der türkischen Armee auf die kurdischen Gebiete im Nordirak einen Friedenszug von Brüssel bis Diyarbakir zu organisieren. Er startet am 26.8. und soll am 1.9. ankommen, pünktlich zum Antikriegstag. Der Zug kostet viel Geld. Spenden werden benötigt. Für die Reisetilnahme (einschließlich zwei Übernachtungen in Diyarbakir ergeben sich geschätzte Kosten von DM 1500,-. Rasche verbindliche Anmeldung und Vorüberweisung von 700,- DM sind für die Teilnahme notwendig.

Im Nahen Osten gibt es keinen Frieden! ... In diesen Tagen schiebt sich die Dampfwalze der türkischen Kriegsmaschinerie als tödlicher Zug auf dem Wege einer völkerrechtswidrigen Invasion in die Kurdengebiete des Nordirak ... Entgegen dem Veto des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Entgegen den Friedens- und

schen aus Deutschland und ganz Europa ... „Es ist höchste Zeit für den Frieden in Kurdistan.“ Diese Botschaft ist gerichtet an die Regierung der Türkei. Verbunden mit der Erwartung auf Einhaltung der Menschenrechte. Auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Diese Botschaft wird in Istanbul und Diyarbakir im Rahmen großer Friedensfestivals ihre Bestätigung finden ... Die Menschen des Europäischen Friedenszuges erwarten während ihrer Anwesenheit eine Antwort der türkischen Regierung ... Ein Zeichen der Friedensbereitschaft der türkischen Regierung wäre die sofortige Freilassung der international bekannten Abgeordneten Leyla Zana und des renommierten Wissenschaftlers Ismail Besikci sowie aller anderen inhaftierten Parlamentarier, Schriftsteller und Journalisten ...



Menschenrechtsvorstellungen des Europäischen Parlaments. Entgegen den Friedensbekundungen und der Verhandlungsbereitschaft der kurdischen Seite. Gegen auch unsere Bemühungen und Aufrufe und Friedenskonferenzen, die unter dem Namen „Appell von Hannover“ Beachtung fanden. Der Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei für die Fortsetzung und Ausdehnung des Krieges wollen wir unsere demokratische Friedensvorstellung entgegenzusetzen. Wir schicken der Invasion einen Friedenszug ins Haus. Einen europäischen Friedenszug, der von Brüssel über Istanbul nach Diyarbakir fährt. Ein Friedenszug mit dem Namen des ermordeten kurdischen Dichters „Musa Anter“. Einen Sonderzug der europäischen Bundesbahnen mit Men-

Das Versprechen auf Demokratie erfordert die friedliche Lösung des Konflikts. Eine weite Reise für den Frieden in einem großen Zug wird auch für die Beteiligten eine großartige solidarische Möglichkeit der menschlichen Begegnung bieten. Eine lange Fahrt mit Lesungen, Vorträgen und Programmen in allen reservierten Waggons. Zur Teilnahme an diesem Ereignis wird herzlich eingeladen ...

Bitte fordern Sie die weiteren Informationen an. Bitte unterstützen Sie das wichtige Vorhaben durch Ihre Spende unter dem

**Stichwort: „Friedenszug“ auf das Konto
Hans Branscheidt, 302479-602 (BLZ 500
100 60), Postgiro FFM,**

**Hans Branscheidt,
Postfach 35, 61445 Oberursel,
Tel. 06171-981348, Fax 06171-981334**



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Nato-Osterweiterung: Deutschland erwacht – die Vernunft geht schlafen	3
Hans Modrow: Nato-Osterweiterung heißt Instabilität	4
Rentenversicherung bald nur privat?	8
Halim Dener	8
Brandanschlag auf Kirche	9
Safwan Eid freigesprochen	9
Skandalöse Verschärfung des Ausländergesetzes	10

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Erste Unstimmigkeiten in der Linksregierung	12
Das Janus-Gesicht des Suharto-Regimes	13
Wahlen in Mexiko	14
<i>Meldungen</i>	15

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	16
„Biji Kurdistan“: Demonstration in der bayerischen Provinz	17
München: Erneute Kriminalisierung von Kurden	17
Initiative übernimmt Stromversorgung	18
Mannheim: Wohnungsprobleme ..	18
Leipziger Neue Messe: Teuer, unkontrolliert, skandalumwittert ..	19
<i>O-Ton</i>	20
Frauenetzwerk Thüringen	21
<i>Kommunale Politik</i>	21

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	22
Berlin: Seit dem 30. Juni streiken Bauarbeiter	23
Erfolg im Hamburger Hafen	23
Tarifkonflikte im Dienstleistungsgewerbe	24
Telefonverkauf an Sonntagen ist illegal!	24
Bayer: Referenzanlage explodiert ..	25

Diskussion und Dokumentation

Brief von Rolf-Clemens Wagner: „Gibt es heute nur noch die Freilassung“	26
---	----

Termine	28
----------------------	----

AKTUELL IN BONN ATOMGESETZ-NOVELLE. Auch ohne die Zustimmung der SPD-Länder will Bundesumweltministerin Merkel das Atomgesetz ändern, um das Kernenergieprogramm der Regierung weiter gegen den Widerstand der Bevölkerung durchsetzen zu können. Geplant sind u.a. eine Verlängerung der sog. „Übergangsfristen“ für die Einlagerung von Atommüll in Morsleben und Greifswald um 5 Jahre bis zum Jahr 2005, neue Enteignungsmöglichkeiten – die u.a. darauf zielen, den Salzstock in Gorleben zu enteignen – sowie die Einführung eines sog. „standortunabhängigen Prüfverfahrens“ für neue Reaktortypen. Ein solch absurdes Prüfverfahren soll Einspruchsrechte von Kommunen, Ländern und aus der Bevölkerung gegen von der Industrie geplante neue Reaktortypen beseitigen.

LAUSCHANGRIFF 1. MdB Manuel Kiper (Grüne) warnt vor einer Ausweitung der Telefonüberwachung: „In seiner Sitzung am 4. Juli beriet der Bundesrat über massive Ausweitungen der Befugnisse zur Telefonüberwachung. Die Bundesregierung beabsichtigt mit dem Telekommunikations-Begleitgesetz „nur“ die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse auf interne Firmennetzwerke und Klarstellungen, um auch E-Mail-Verkehr überwachen zu können. Auf Initiative von Bayern und anderen Ländern kamen hinzu:

- Mobiltelefone als Peilsender: eingeschaltete Mobiltelefone geben automatisch ihre Positionsdaten ab. Durch eine Änderung des § 100c der StPO sollen Sicherheitsbehörden nun auch diese Daten zur Ortsfeststellung und für Bewegungsbilder nutzen können.
- Überwachung Dritter durch Rasterfahndung im Äther: Die Sicherheitsbehörden sollen Geräte nutzen dürfen, die den gesamten Mobilfunk-Verkehr überwachen und neben Netzkennungen von Teilnehmern sogar verschleierte Telefonate mithören können. Dabei wird in Kauf genommen, daß Mobiltelefon-Gespräche unbeteiligter Dritter in derselben Funkzelle abhörbar werden.
- Präventive Überwachung: Das Zollkriminalamt darf in besonderen Fällen – insbesondere dem Handel mit Kriegswaffen – präventiv Telefone überwachen. Die Daten dieser präventiven Überwachung sollen nun auch an Verfassungsschutzämter weitergegeben werden.“ Kiper: „Wieder einmal soll jede sich bietende Gelegenheit genutzt werden, die Überwachungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden auszudehnen. Ein Grundrecht wird damit zur Disposition der Sicherheitsbehörden gestellt – ein Versagen der Politik in einem demokratischen Rechtsstaat.“

LAUSCHANGRIFF 2. Am 1. Juli hat der „Ermittlungsrichter beim BGH“ erstmals den Einbau von „Wanzen“ in ein Auto gebilligt. Der innenpolitische Spre-

cher der Bündnisgrünen, MdB Rezzo Schlauch, protestierte dagegen: „Der Beschluß der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof ist verfassungsrechtlich nicht haltbar. Er bedeutet im Endeffekt die Einführung des Lauschangriffs ohne gesetzliche Grundlage. Ginge es nach dem BGH, darf die Polizei künftig im Verdachtsfall nach richterlicher Genehmigung in jeden PKW, wenn sie nur einen begründeten Verdacht hat, eine Wanze einbauen. Die sophistische Unterscheidung, das Auto diene als Fortbewegungsmittel und nicht als Aufenthaltsort und unterliege deshalb nicht dem grundgesetzlichen Schutz der Unverletzlichkeit der Wohnung, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich im vorliegenden Fall um den umstrittenen Lauschangriff handelt ... Es kann nicht angehen, daß der BGH mit einem Federstrich ein umstrittenes, ineffektives und teures polizeiliches Ermittlungsinstrument legalisiert, das politisch bis heute wegen der schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Bedenken keine gesetzliche Grundlage gefunden hat. Das Urteil kann vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben.“

HAUSHALTSKLAGE. Die SPD-Fraktion hat eine Verfassungsklage gegen Waigels skandalöse Haushaltspolitik eingereicht. Nach Ansicht der SPD-Fraktion hat die Bundesregierung bereits 1996 gegen die Beschränkung der Neuverschuldung in Art. 115 GG verstoßen. Art. 115 legt fest, daß die Neuverschuldung die Investitionsausgaben nicht übersteigen darf. Waigels Haushaltsplan für 1996 hatte sich daran zwar gehalten, im Laufe des Jahres aber hatten sich Waigels Einnahmeerwartungen aber als völlig überhöht herausgestellt, die Neuverschuldung übertraf die Investitionen bei weitem. 1997 erwartet die SPD den gleichen Verstoß. Außerdem ist das sog. „Parken“ von Bundesvermögen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (dort will Waigel für 25 Mrd. DM Telekomaktien gegen hohe Zinszahlungen an diese Bank „parken“, weil er sie nicht verkaufen darf) nach der SPD-Klage eine verdeckte Form der Kreditaufnahme und damit ein weiterer Verstoß gegen Art. 115.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag ist bis Ende August in „Sommerpause“. Am 10. Juli beginnt der Vermittlungsausschuß seine Beratungen über die Steuerreformpläne der Regierung. Bis 28. Juli soll ein Zwischenergebnis vorliegen, bis Mitte August will der Ausschuß dann wissen, ob eine Einigung möglich ist. Am 11. Juli will das Bundeskabinett Waigels Haushalt für 1998 verabschieden. Am 16. Juli legt die EU-Kommission ihren Bericht über den Beginn der EU-Osterweiterung vor. Am gleichen Tag will das Bundeskabinett Merklens Entwurf für Änderungen am Atomgesetz und die Fortsetzung der Kohlebeihilfen beraten.



**Nato Osterweiterung,
Rüstungshaushalt ...**

Deutschland erwacht – Die Vernunft geht schlafen

In diesen Tagen wird in Madrid die Osterweiterung der Nato beschlossen, ohne daß dieser gefährliche Schritt eine politische Bewegung hervorgerufen hätte. In den selben Zusammenhang gehört die Absicht der Bundesregierung, den Eurofighter trotz größter Haushaltsprobleme bauen zu lassen. Da ist es sogar zu gemeinsamen Pro-Rüstungskundgebungen von Wirtschaft, Politik und organisierter Arbeiterbewegung gekommen. Wenn die *Süddeutsche Zeitung* dann noch die Schlagzeile setzt: *Die Nato auf dem Marsch nach Osten*, wird eine düstere Aussicht wahrnehmbar: Auf Einvernehmen von Beherrschten und Herrschenden, in einen Kampf um eine Führungsposition in Europa und auf der Welt einzutreten und, koste es auch was, ganz vorne mitzumischen.

Eine neue Sicherheits- und Militärdoktrin beginnt sich in der öffentlichen Meinung festzusetzen. Erkennbare Facetten dieses Bewußtseinskomplexes sind militärisch-technisch: Sicherheit durch technische Überlegenheit; politisch: Sicherheit durch Hegemonie der Starken über die Schwachen; ideologisch: Gerechtigkeit durch Herrschaft. Was große und bislang wachsende Teile der Bevölkerung in die Gefolgschaft offenen imperialistischer Politik zieht, ist nicht schlichte Sorge um Beschäftigung, es ist das Gesamtkonzept dieser Politik.

In diesem Gesamtkonzept ist dann freilich enthalten, daß der Deutsche Staatsbürger eines Landes des Nordens ist, eines leistungsfähigen Landes, das Leistungen anderer Länder einsaugen kann, eines starken Landes, dem keineswegs seinerseits diktiert werden kann, was es anderen diktiert usw.

Eine Chance der Opposition gegen diese Entwicklung anzugehen, liegt in der Möglichkeit, diese neue imperiale Politikkonzeption gemeinsam mit den ausersehenen Opfern zu kritisieren, denn nur eine solche Kritik kann Aussichten auf ein anders geordnetes Zusammenleben der Völker glaubhaft machen.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir den gerade in dieser Hinsicht sehr instruktiven Vortrag Hans Modrows auf dem öffentlichen Landesparteitag der PDS Bayern.

maf

FETTE BEUTE	POLEN	TSSCHECHIEN	UNGARN	RUMÄNIEN	SLOWENIEN
Bevölkerung	38,5 Millionen	10,4 Millionen	10,2 Millionen	22,8 Millionen	2,0 Millionen
Fläche	312 685 qkm	78 846 qkm	93 036 qkm	237 500 qkm	20 255 qkm
Streitkräfte	248 500 Mann	70 000 Mann	62 000 Mann	205 000 Mann	9 590 Mann
Rüstungsetat	3,9 Mrd. DM	2,2 Mrd. DM	3,9 Mrd. DM	1,3 Mrd. DM	418 Mio. DM



Schlagzeile der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, Transparenttexte auf der Demonstration der DASA: Ohne Eurofighter gehen die Lichter aus / Gibt's Eurofighter gibt's Azubis / Es geht um Dich, um unser Werk Augsburg und um die Luft- und Raumfahrtindustrie / Für unsere Region, für unser Werk, für unsere Zukunft ...



Sie Spielen mit der Angst

NATO-Osterweiterung heißt Instabilität für Völker Europas und Riesengeschäft für Rüstungskonzerne

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist sehr begrüßenswert, und ich bin dankbar dafür, daß ich hier vor Euch zu diesem Thema „NATO-Osterweiterung“ sprechen kann. Das aus mehreren Gründen:

1. Die Probleme der NATO-Osterweiterung sind noch längst nicht genügend in das öffentliche Bewußtsein gerückt, und das nicht nur in Deutschland, sondern in allen westeuropäischen Ländern. Soziale Probleme, die die Menschen im Moment unmittelbar betreffen, und EU-Währungsunion, der viele Bürgerinnen und Bürger mit großer Sorge und Ungewißheit entgegensehen, lassen alles andere, so die NATO-Osterweiterung, weit in den Hintergrund rücken. Die wenigsten haben bisher begriffen, daß sie die Völker Westeuropas ebenfalls angeht. Die Führungen der NATO bzw. der NATO-Staaten können hier im Grunde noch schalten und walten, wie sie wollen.

2. Daß dies so ist, ist auch ein Schwäche des Wirkens der linken Kräfte Westeuropas, auch der PDS, die – abgesehen von auch vorhandenen Meinungsunterschieden hinsichtlich der Rolle der NATO – dieses Problem noch nicht genügend thematisiert haben, um Mitglieder und SympathisantInnen mit dieser gesamten Problematik vertraut zu machen und darüber hinaus die genannten Fragen auch wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Es fehlt die Informiertheit, damit daraus schließlich auch Aktionen entstehen können.

3. Kommt der Umstand hinzu, daß linke Kräfte in den Ländern Mittel- und Osteuropas, zum größten Teil sogenannte Postkommunisten, als heute Regierende nach Mitgliedschaft in der NATO streben. Ich denke da besonders an Ungarn, Tschechien und Polen, wobei ich noch bereit bin, den Polen – wie die allgemeine Stimmung in Polen es besagt – zu konzedieren, daß sie angesichts ihrer Geschichte und der Entwicklungen in Rußland verunsichert sind und ein Sicherheitsbedürfnis bekunden.

4. Schließlich wird den NATO-Mächten die Realisierung ihrer Pläne nicht nur dadurch erleichtert, daß die Führungen der MOEL in die NATO wollen, sondern daß bei aller zur Schau gestellten Freundschaft zum „Demokraten“ und „Reformer“ Jelzin es zunehmend gelingt, angesichts der Unberechenbarkeit der Entwicklung in Rußland als Feindbild – die NATO hatte es ja nach dem Zusammenbruch des Warschauer Vertrags verloren – eine „russische Gefahr“ heraufzubeschwören. NATO-Osterweiterung bedeutet im Grunde Rückkehr zur Konfrontation.

Um auch weiter realistisch zu bleiben:

Im Grunde ist es für die linken Kräfte schon fast zu spät, um hier noch zu versuchen gegenzuhalten. Die Messen, noch nicht alle, sind schon gesungen. Bekanntlich werden schon Anfang Juli in Madrid auf einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der NATO die führenden Vertreter dieser Staaten darüber entscheiden, welche mittel- und osteuropäischen wann in die NATO aufgenommen werden sollen. Aussichtsreichste Kandidaten für eine baldige Aufnahme sind Polen, Tschechien und Ungarn.

Tagung der Neuen Europäischen Linken in Berlin

Leider fehlt auch gemeinsames Handeln der Linken. In Berlin hatten sich Ende April Vertreter von 16 linkssozialistischen, grün-linken und kommunistischen Parteien aus 14 Ländern im Rahmen des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF) zusammengefunden, um sich neben anderen Themen auch zur NATO-Osterweiterung auszutauschen. Als Gäste hatten sie einige linke Parteien aus den mittel- und osteuropäischen Ländern eingeladen, nicht in jedem Falle die wichtigsten: aus Rußland die unbedeutende Sozialistische Partei der Werktätigen Rußlands sowie das Komitee der Soldatenmütter, während die Kommunistische Partei der Russischen Föderation nicht erwünscht war; aus der Ukraine fehlten gleich beide Linksparteien, sowohl die Kommunisten als auch die Sozialisten, und die Agrarpartei gehörte eigentlich als dritte linke Kraft noch dazu.

Auf der Berliner Tagung des Forums der Neuen Europäischen Linken in Berlin blieb es bei einem Meinungsaustausch zum Thema NATO-Osterweiterung, zum Teil auch recht kontrovers, weil vor allem der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie die Position seiner Partei, die, wie gesagt den NATO-Beitritt anstrebt, hartnäckig verteidigte. Seine Hauptargumente: die NATO sei dabei, sich positiv zu verändern, ein regionaler Sicherheitspakt, z.B. der Visegrad-Länder, sei wegen zu großer Differenzen zwischen ihnen unrealistisch, die OSZE sei wegen ihrer geringen Effektivität keine Alternative.

Fast von allen anderen Teilnehmern wurde eine grundsätzlich andere Sicht auf die NATO-Pläne zur Osterweiterung dargelegt. So wurde darauf verwiesen, welche großen Belastungen durch den Erwerb von NATO-Waffen und -Ausrüstungen auf die MOEL zukommen. Die Kosten für die Konversion der alten,

nicht NATO-kompatiblen Waffen und Ausrüstungen sowie für die Umstellung der eigenen Rüstungsindustrie würden die Situation noch zuspitzen.

Ferner wurde daran erinnert, daß heute 15% der Menschheit ca. 80% der Reichtümer der Erde besitzen. Man müsse sich darauf vorbereiten, daß die daraus resultierenden sozialen Probleme gelöst werden müßten. Das Geld sollte nicht für immer mehr Waffen, sondern zur Lösung der sozialen Probleme in der Welt ausgegeben werden. Die neue Rolle der NATO bestehe gerade darin, die Reichen der Welt vor den Armen der Welt zu schützen und den Weltgendarmerie abzugeben.

Die Osterweiterung habe außerdem die Aufgabe, Rußland zu neutralisieren und als zweit- oder drittrangige Macht in diesen Prozeß einzubinden. Man wisse genau, daß dies nationalistische Reaktionen in Rußland auslösen werde, kalkuliere dieses Risiko jedoch ein. Die Osterweiterung sei also kein Beitrag zu europäischer Sicherheit und erst recht nicht zur Errichtung eines demokratischen und sozialen Europa. Die Osterweiterung werde ein Faktor der Instabilität, nicht der Stabilität in Europa sein. Zweifel wurden auch geäußert, ob die NATO die Sicherheit der osteuropäischen Staaten tatsächlich garantieren könne. Die historische Pufferzone zwischen Rußland und dem Westen werde auch nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten weiter bestehen.

Das Problem der Osterweiterung führte auch zu einer kontroversen Diskussion über den Charakter der NATO. Der Erklärung, die NATO habe sich bisher als die einzige Organisation in Europa erwiesen, die in Konfliktsituationen erfolgreich eingegriffen habe, wurden folgende Argumente entgegengestellt:

- die NATO sei nicht in der Lage, die Probleme Europas zu lösen. Sie habe bisher nicht einmal Probleme zwischen ihren Mitgliedstaaten wie Griechenland und der Türkei lösen können.

- in der Pariser Charta der KSZE sei Europa eine neue Phase von Frieden und Sicherheit in Aussicht gestellt und ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem ins Auge gefaßt worden. Man habe in den 70er und 80er Jahren für die Auflösung aller Militärblöcke gekämpft. Nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages habe die NATO keine Existenzberechtigung mehr; die NATO sei nicht geeignet, die Konflikte von heute zu lösen, deren Ursachen vor allem sozialökonomische Probleme, Verletzungen der Menschenrechte und ökologischer Abstieg seien. Dazu werde präventive Diplomatie und ein mehrdimensionales Handeln gebraucht. Das könnte die NATO als von

Militärs geführter Pakt nicht bieten;

- die NATO treibe die Aufrüstung voran. Der gesamte Prozeß von Rüstungskontrolle und Abrüstung komme kaum noch voran. Die NATO sei außerdem dabei, ihre Strategie grundsätzlich zu verändern und sich von einem kollektiven Verteidigungspakt zu einem internationalen Interventionsbündnis zu entwickeln. Die Linke müsse für die Auflösung der NATO kämpfen.

In der Diskussion wurde weiter betont, für die Linken sei nicht nur die militärische Rolle der NATO ein Problem, sondern auch die Tatsache, daß sie das ganze politische System der Staaten beeinflusse, den militärisch-industriellen Komplex und die bürgerliche Gesellschaft stärke. Fast einmütig sprachen sich die Anwesenden dafür aus, daß die Linken ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem anstreben und die OSZE stärken müssen. Wichtig sei, daß daran alle europäischen Staaten gleichberechtigt beteiligt sind.

So weit zu der Tagung europäischer Linker, die wie gesagt bei weitgehender Übereinstimmung weder eine gemeinsame Erklärung noch eine gemeinsame Aktion beschloß.

Bei aller Einschätzung, daß der Zug in Richtung NATO-Osterweiterung schon abgefahren ist und durch die kürzliche Unterzeichnung der Grundakte NATO-Rußland noch beschleunigt wurde, halte ich es für dringend notwendig und stimme offensichtlich mit Euch überein, daß wir uns intensiv damit befassen und es neben den bundesweiten Problemen wie Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abbau sowie der EU- und speziell der Euro-Problematik in unsere Wahlkampfarbeit mit einbeziehen, zumal die Dinge bei genauem Hinsehen und Analysieren eng miteinander zusammenhängen. Ich will versuchen, dazu eine Diskussionsgrundlage zu geben.

NATO-Beitritt als Vorbereitung für EU- Aufnahme

Ursprünglich stand die NATO-Osterweiterung überhaupt nicht im Vordergrund, weder für den Westen noch für den Osten. EU-Osterweiterung war zunächst angesagt, und es gab keine Kopplung zwischen beiden. Doch in den westlichen Führungskreisen besann man sich dann eines anderen, ganz bestimmt nicht besseren: Die „Angst vor den Russen“ in einigen MOEL, besonders in Polen, als Vorwand nutzend, wurde die NATO-Aufnahme als der zunächst notwendige Schritt postuliert. Damit sollen sozusagen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden:

1. Soll vermieden werden, daß die EU angesichts der innerhalb der Europäischen Union gegenwärtig nicht gelösten schwerwiegenden Probleme durch die

Aufnahme von weiteren zehn mittel- und osteuropäischen Ländern – Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland –, die zum größten Teil selber tiefe innere Krisen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet durchmachen, über die Maßen belastet wird.

Die zehn MOEL repräsentieren aus geographischer und demographischer Sicht einen bedeutenden Teil Europas. Zusammengenommen haben sie eine Bevölkerung von 106 Millionen Menschen und ein Gebiet von 1,1 Millionen Quadratkilometern. Das entspricht rund 29 Prozent der Bevölkerung und 33 Prozent der Fläche der 15 EU-Länder.

Welche Probleme dabei entstehen werden, zeigt allein eine Betrachtung der Situation in der Landwirtschaft: Trotz erheblicher Produktionseinbrüche in den letzten Jahren ist das Produktionspotential der Landwirtschaft der MOEL noch sehr hoch. Die Konkurrenz der Nahrungsgüter der EU-Staaten ist in den MOEL und den Staaten der GUS stark. Dennoch gibt es in diesen immer ein entwicklungsfähiges Produktionspotential, das bei gleichen Chancen auf den Markt der EU drängen könnte, aber gerade diese Chancen werden den Ländern nicht gegeben. Damit drängt ein großes, noch entwicklungsfähiges Produktionspotential auf den mit Agrarprodukten ohnehin gesättigten Markt der Europäischen Union.

Andererseits erfordern der Transformationsprozeß und die notwendigen ökonomischen Maßnahmen zur Vorbereitung der Integration in die EU in den mittel- und osteuropäischen Ländern einen bedeutenden Rationalisierungsschub, der Millionen von Arbeitskräften in der Landwirtschaft freisetzt. Da sich gleiche Prozesse in anderen Wirtschaftsbereichen vollziehen werden, wird die Eingliederung dieser freigesetzten Arbeitskräfte woanders kaum möglich sein. Welche Situation sich für die Millionen Arbeitslosen ergeben wird, noch dazu bei ungenügender sozialer Absicherung, kann sich jeder ausmalen.

Dazu die Belastungen für die Europäische Union: Nach internen Einschätzungen könnte allein der Beitritt von Polen und Ungarn eine zusätzliche Belastung des EU-Haushaltes von bis zu 30 Milliarden ECU bedeuten, wobei allein die Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik schon über 50% des EU-Haushalts ausmachen.

2. War ausschlaggebend für die Entscheidung der führenden Kreise der westlichen Länder, die NATO-Aufnahme einer EU-Mitgliedschaft der MOEL „vorzuschalten“, obwohl beide miteinander eigentlich nichts zu tun haben, auch das Drängen der militärisch-industriellen Komplexe der NATO-Staaten, mit der NATO-Erweiterung nach Osten ein gewaltiges Rüstungsgeschäft zu landen. Sowohl die USA-Rüstungsmonopole als auch die westeuropäischen Kon-

zerne, allen voran die der Bundesrepublik und Frankreichs, sehen hier ihre großen Profitchancen. Dabei liegen USA und Westeuropa in hartem Konkurrenzkampf miteinander. Der österreichische Ökonom Metzner hat recht, wenn er schreibt: „Die NATO-Osterweiterung ist nicht zuletzt eine Markterweiterung der westlichen Rüstungskonzerne zu Lasten der Rüstungsindustrie in Rußland und in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.“ Man müßte noch hinzufügen, sowie der Rüstungsindustrie der in die NATO strebenden MOEL.

Das Riesengeschäft, das da den westlichen Rüstungskonzernen winkt, verdeutlichen Angaben aus einer Studie des Weißen Hauses, die dem USA-Kongreß vorgelegt worden ist: Bis 2009 und ohne die vorgeschobene Stationierung von Truppen und Nuklearwaffen würden sich die Kosten der Umrüstung auf 35 Milliarden Dollar belaufen. Allein die drei ersten neuen Mitglieder sollen 17,5 Milliarden Dollar aufbringen. Allerdings werden da noch andere Zahlen gehandelt: Nach einer Kostenstudie des Congressional Budget Office der USA vom vergangenen Jahr wird die vollständige Umrüstung der Armeen allein Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei in den nächsten 15 Jahren 42 bis 52 Milliarden Dollar kosten. Und das sind nur vier der zehn Staaten, die die NATO-Integration anstreben.

Was die NATO-Umrüstung wirklich kosten wird ...darüber schweigt man sich natürlich aus.

Was die NATO-Umrüstung wirklich kosten wird und welche Belastungen auch auf die Steuerzahler der jetzigen Mitgliedstaaten der NATO zukommen werden, darüber schweigt man sich natürlich aus. Einzig aus den USA gibt es einige Angaben, die sich allerdings auch widersprechen: Während das Weiße Haus von 200 Millionen Dollar pro Jahr ausgeht, beziffert der Kongreß die entstehenden Ausgaben für die USA auf ein Vielfaches, nämlich fast 19 Milliarden bis zum Jahre 2010.

Ob selbst die 19 Milliarden ausreichen werden, bleibt dahingestellt. Nur eines ist sicher: Für das gewaltige Rüstungsgeschäft der Konzerne zahlen die Völker der künftigen und der heutigen NATO-Staaten. Letzteres ergibt sich schon aus einer nüchternen Betrachtung der Wirtschaftslage der MOEL. Beim Erwerb von Flugzeugen und Kampfhubschraubern zum Stückpreis von 40 Millionen bzw. 22 Millionen oder des Kampfpanzers „Leopard 2“ zum Systempreis von 7,8 Millionen DM oder dem Ausbau eines Flugplatzes nach NATO-Standard mit einem Kostenaufwand von 560 Millionen DM

wird sicherlich auch vieles als „Verteidigungshilfe“ an die MOEL zur Verfügung gestellt.

NATO-Umrüstung der MOEL heißt nicht nur Kauf neuer Waffen und Geräte, es heißt unter anderem auch Neuorganisation der Struktur der Streitkräfte, Vereinheitlichung der Operationsverfahren, der Ausbildungsprogramme, Anpassung der Führungssysteme, der Fernmeldeverbindungen und Nachrichtensysteme usw. Der kostspieligste Bereich sind die Führungsmittel. Zwischen den vorhandenen oder bisher genutzten Führungssystemen und dem, was NATO-Standard ist, gibt es nicht auszugleichende Inkompatibilität.

Wie gesagt, das sind nur einige Stichworte, hinter denen sich grundlegende, gewaltige Kosten erfordernde Umrüstungen verbergen, bis hin zur Ausbildung von Offizieren – bei ihnen auch sprachlich – und Soldaten.

Eine Position spielt in den Kostenberechnungen überhaupt noch keine Rolle, nämlich die der Konversion, was ich zu Beginn schon kurz erwähnte, – der Beseitigung, Vernichtung der bisher vor allem aus russischer bzw. sowjetischer Produktion stammenden Waffen und Ausrüstungen. Und Konversion bis hin zur Umrüstung eigener Rüstungsbetriebe bzw. sozialen Absicherung der Arbeitnehmer bei Schließung solcher Rüstungsbetriebe erfordert ebenfalls umfangreiche finanzielle Mittel. Mit Recht warf die Vertreterin der bulgarischen Sozialisten auf der Berliner Tagung der Linkskräfte die Frage auf, wie das alles von ihrem Land bezahlt werden soll, angesichts hungernder Menschen, hungernder Kinder.

Aber das interessiert jene nicht, die aus der NATO-Osterweiterung ein Riesengeschäft machen wollen, voran die USA-Rüstungskonzerne. Der Kampf zwischen den militärisch-industriellen Komplexen der USA und Westeuropas um den größtmöglichen Anteil an diesem größten Rüstungsdeal in Friedenszeiten hat längst begonnen. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb unlängst in einem Bericht: „Auch wenn die ganz großen Verkäufe bislang noch auf Eis liegen, die Umrüstung wird von westlichen Ländern – spätere Gewinne im Blick – kräftig vorangeschoben, vor allem durch großzügige militärische Hilfspakete und Kredite.“

Und selbstverständlich wollen da die westeuropäischen Rüstungskonzerne mithalten, vor allem auch die deutschen. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung Bernd Wilz erklärte im Februar diesen Jahres im Bundestag: „Die Bundeswehr nimmt maßgeblich an der Kooperation mit unseren Partnern im Osten teil. Sie unterstützt den Aufbau der Streitkräfte in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Für das Jahr 1996 wurden mit 17 Ländern bilaterale Programme für die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet vereinbart, die insgesamt 495 Maßnahmen umfaßten. Im Jahre 1997

sind fast 600 Maßnahmen vereinbart.“ Daß diese „Maßnahmen“ auch Rüstungsgeschäfte zur Konsequenz haben, steht außer Zweifel.

In einem zunächst geheim gehaltenen Abkommen hatten Kohl und der französische Präsident Chirac im Dezember vergangenen Jahres in Nürnberg neben einem „Dialog über die Rolle der atomaren Abschreckung im Zusammenhang einer europäischen Verteidigungspolitik“ – Bonn will über die Westeuropäische Union, den noch auszubauenden militärischen Arm der EU, auch an Verfügungsgewalt über Atomwaffen heran – vereinbart, auf dem Rüstungsgebiet eng zusammenzuarbeiten und einen europäischen Rüstungsmarkt zu schaffen. Die FAZ schrieb von einem „schwierigen internationalen Kontext“, dem sich die westeuropäischen Länder gegenübersehen, gekennzeichnet durch die Verminderung der Ausrüstungsbudgets und durch steigenden Konkurrenzdruck. „Europa muß daher über eine wettbewerbsfähige Industrie- und Technologiebasis im Bereich der Verteidigung verfügen“, schrieb die Zeitung.

3. NATO-Osterweiterung heißt aber auch massiver Ansatz zur machtpolitischen Beherrschung der mittel- und osteuropäischen Länder. Die NATO-Mitgliedschaft zwingt den MOEL – neben den außerordentlichen wirtschaftlichen Belastungen – eine neue sicherheitspolitische und militärische Abhängigkeit auf. Die Einbeziehung der Armeen und ziviler Bereiche der MOEL in die NATO bedeutet, daß sie voll dem Kommando der NATO unterstellt sind und daß sie keine anderen militärischen Bündnisse eingehen können. Das heißt, sie sind in ihrer außenpolitischen Beweglichkeit den Interessen der führenden NATO-Staaten voll untergeordnet.

Daß hier die Bundesrepublik als die stärkste europäische Wirtschafts- und Militärmacht eine besonders aktive Rolle spielt, ergibt sich nicht nur aus ihren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Hier werden von neuem Tendenzen einer deutschen Europa-Strategie erkennbar, die es schon seit Beginn des zu Ende gehenden Jahrhunderts gegeben und die zu zwei Weltkriegen geführt hat. Sie soll vor allem mit Hilfe der NATO-Osterweiterung und der später vorgesehenen EU-Osterweiterung auf „friedlichem Wege“ umgesetzt werden. Das Offenhalten von Eigentumsfragen in den Beziehungen zu Polen und Tschechien durch die Bundesregierung sind übrigens ebenfalls Teil dieser Europa-Strategie.

Natürlich stellt sich die Frage, warum sich die Führungen der mittel- und osteuropäischen Staaten darauf einlassen, zumal diese Länder durch ihre vorgeschobene Position sehr leicht zum Schauplatz eines künftigen Krieges werden – Rüge sprach mit Genugtuung davon, daß Deutschland dann nicht mehr an der Peripherie liege – und auch angesichts der

Umgestaltung der NATO von einem Instrument der kollektiven Sicherheit in eine Interventionsstreitmacht in gefährliche Abenteuer gezogen werden könnten. „Sicherung des freien Marktzuganges“, „Sicherung der Rohstoffquellen“ und „Sicherung des freien Welthandels“ sind ja heute schon offiziell verkündete Grundsätze für interventionistisches Handeln der NATO.

Für die Führungen der MOEL geht es aus ihrer Sicht ebenfalls vor allem um machtpolitische Interessen. Sie meinen, durch die schnelle Verflechtung mit der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, die ihnen ja die EU-Mitgliedschaft nach der NATO-Aufnahme verheißt, ihre Position im Lande sichern zu können.

Zum Teil geht es ihnen dabei – ich habe schon die besonderen Interessen Polens angesprochen – angesichts der Unberechenbarkeit der Entwicklung in Rußland sicher auch um einen verlässlichen sicherheitspolitischen Rahmen für ihre Entwicklung. Wie berechenbar die Entwicklung aber auch in Polen ist, werden die Parlamentswahlen im Herbst dort zeigen. Bei allen machtpolitischen Bestrebungen und Rangeleien darf m.E. eines nicht außer acht gelassen werden, was schon Bismarck erkannt hatte: Die weitere Entwicklung Europas erfordert, egal wer in Rußland regiert, eine bestimmte Ausgeglichenheit zwischen Westeuropa und Rußland. Dabei sollte nicht unbeachtet bleiben, daß Rußland noch immer eine große Macht ist. Politik ist gefordert und nicht einfache Zuspitzung der Dinge.

Nach Einschätzung von Friedenskräften in den MOEL drängt auch die jeweilige Militärlobby auf einen Beitritt zur NATO, weil sie hofft, damit die notwendige Transformation der Militärstruktur, die Modernisierung der Waffensysteme, die Verstärkung ihrer eigenen Rolle und die Verbesserung ihres Lebensstandards zu erreichen.

NATO Garant für Sicherheit der MOEL?

Bringt die NATO diesen Ländern in Mittel- und Osteuropa nun tatsächlich Sicherheit, wie es z.B. Kinkel verkündete, als er im Juni vergangenen Jahres in einem Beitrag im „Tagesspiegel“ erklärte: „Die NATO ist ein Stabilitätsanker für Europa. Dazu wird auch die Öffnung der NATO für neue Mitglieder beitragen.“ Das darf bezweifelt werden. Argumente dagegen aus linker Sicht hatte ich schon in der Information über die Berliner NFLF-Tagung wiedergegeben. Hier noch eine Zusammenfassung der wichtigsten Gründe:

1. Die bisherige NATO-Praxis. Sie ist nicht einmal in der Lage, seit Jahren bereits schwelende Konflikte zwischen zwei NATO-Mitgliedstaaten wie zwischen Griechenland und der Türkei zu schlichten und in dieser Region Sicher-

heit zu schaffen. Zypern ist wiederum ein Beispiel dafür, wie die NATO die interventionistischen Bestrebungen eines Mitgliedstaates, der Türkei, gegenüber einem unabhängigen Land, Nichtmitglied der NATO, sanktioniert.

2. Die meisten Konflikte, die es in den letzten Jahren gegeben hat, waren Konflikte innerhalb eines Landes. Die NATO ist nicht das Instrument, auf solche Konflikte und Probleme wirkungsvoll zu reagieren. Sie ist nicht imstande, solche Konflikte ökonomischer, sozialer und ethnischer Natur zu bewältigen. Auch hier ist die Türkei ein mehr als unrühmliches Beispiel, wo seit Jahren Krieg gegen die Kurden geführt wird, ohne daß die NATO irgend etwas dagegen unternimmt. Im Gegenteil, die Türkei wird laufend mit neuen Waffen, darunter aus der BRD ausgestattet.

3. NATO-Osterweiterung schafft keine europäische Sicherheit, NATO kann kein europäisches Sicherheitssystem ersetzen. Sie schafft Zonen unterschiedlicher Sicherheit bzw. verfestigt sie.

4. Die NATO-Osterweiterung verstößt gegen den Grundsatz: Im Interesse ganz Europas nach Osteuropa nicht Instabilität, sondern Stabilität exportieren. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat recht, wenn sie in dem schon erwähnten Beitrag schlußfolgert: „Ob die Aufrüstung Osteuropas die Region aber wirklich stabilisieren wird, darüber scheinen sich weder Käufer noch Verkäufer allzu viele Gedanken zu machen. Kritiker befürchten eher das Gegenteil: einen neuen Rüstungswettlauf ausgelöst durch die NATO-Osterweiterung.“

Die Milliarden Dollar für die NATO-Osterweiterung sollten eher für soziale Zwecke in den MOEL ausgegeben werden. Das wäre ein wirklicher Beitrag zu europäischer Sicherheit! Wenn es auch gegenwärtig noch bei jenen Staaten, die Mitglied der NATO werden wollen, mit Ausnahme Polens Widerstand gibt, die Haushaltsmittel zugunsten der Umstrukturierung der Streitkräfte umzuverteilen, wird dieser Widerstand ganz sicher bald gebrochen sein.

5. Wie gesagt, die NATO-Osterweiterung wird den Rüstungswettlauf erneut anheizen und damit wieder zusätzliche Unsicherheiten in Europa verursachen. Bei aller offiziellen Euphorie auf beiden Seiten beim Abschluß der Grundakte NATO-Rußland – Kinkel sprach von einer neuen Ära der europäischen Sicherheit – ist zu befürchten, daß die NATO-Osterweiterung zur Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes und der nationalistischen Kräfte in Rußland beiträgt. Prof. Maximytschew, ehemaliger Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in der DDR, sprach unlängst davon, daß diese Entwicklung „destruktive Züge annehmen“ könnte. Die Öffentlichkeit in Rußland ist überzeugt, daß angesichts der NATO-Osterweiterung die Armee gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Verantwortung für die Sicherung des Lan-

des voll wahrzunehmen. Sie ist demzufolge offen für die Forderungen der Militärs nach Bereitstellung größerer finanzieller Mittel für die Modernisierung der Armee, ganz abgesehen davon, daß dem militärisch-industriellen Komplex Rußlands mit der NATO-Osterweiterung ein wichtiger Absatzmarkt für seine Waffen und Ausrüstungen, die MOEL, verlorenggeht und auch diese Verluste auf andere Weise kompensiert werden müssen.

Bei der NATO-Osterweiterung gäbe es noch viele andere Aspekte zu beachten, so zum Beispiel – um nur noch einen zu nennen – die Gefahr, daß bei einem NATO-Beitritt der baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland verantwortungslose, extremistische, rußlandfeindliche Kräfte dazu verleitet werden könnten, die Notwendigkeit einer guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Rußland zu vernachlässigen und Abenteuer zu suchen, weil man ja unter dem NATO-Schirm sicher sei.

Ein NATO-Beitritt der baltischen Staaten hieße auch die NATO-Einkreisung Schwedens und Finnlands und damit zunehmender Druck auf diese beiden Länder zur Aufgabe ihrer Neutralität. Das würde Bestrebungen zuwiderlaufen, einen neutralen Korridor zwischen Rußland und der NATO zu schaffen, der u.a. von der ukrainischen und der belarussischen Regierung sowie von linken Kräften in Österreich vorgeschlagen worden war. Ein solcher neutraler und vor allem auch kernwaffenfreier Korridor von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer könnte bestehen aus Schweden, Finnland, den baltischen Staaten, Polen, Belorußland, Ukraine, Bulgarien, Ungarn und Österreich. Übrigens könnte, zumindest was die Atomwaffenfreiheit anbelangt, das Territorium Ostdeutschlands ebenfalls dazu gehören. Denn nach dem 2+4-Vertrag ist es kernwaffenfrei zu halten.

Um wirklich Sicherheit in Europa zu schaffen, bedarf es anderer Prioritäten als die von den NATO-Kreisen angestrebten: Ausbau der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), völkerrechtlich verbindliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Rußland und der NATO, nicht so unverbindlich wie in der unterzeichneten Grundakte, kooperatives Bemühen aller Seiten, den weitgehend zum Stillstand gekommenen Prozeß der Abrüstung in Europa wieder anzukurbeln und damit vor allem vertrauensbildend zu wirken.

Im Grunde haben die westlichen Staaten gegenüber den Völkern Europas noch eine gewichtige Schuld abzutragen: Mit dem 2+4-Vertrag, mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft zwischen der BRD und der Sowjetunion und der Charta von Paris für ein neues Europa waren 1990 die Grundlagen für eine neue Friedensordnung auf unserem Kontinent gelegt worden. Der Westen hatte damals die Verpflichtung übernommen, ein einheitliches Europa aufzubauen.

Unter den genannten Bedingungen

könnten die MOEL andere Prioritäten setzen, nicht Verschwendung dringend gebrauchter Mittel für die Rüstung, sondern Einsatz für die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Leistungen.

Aufklärung, Warnen und Handeln dringend erforderlich.

Unsererseits sind Aufklärung, Warnen und Handeln, vor allem auch um Bündnispartner zu suchen, unerlässlich und dringend erforderlich.

Leider ist von den anderen Oppositionsparteien im Bundestag dazu nicht viel zu erwarten. Von der SPD meinte selbst die „Frankfurter Rundschau“ Ende vergangenen Jahres (6.12.96), die Partei meide den Konflikt über die Grundlinien der Außenpolitik. „Kinkel-Sätze wie der, daß die Deutschen hinsichtlich internationaler Bundeswehreinsetze ‚normal werden‘ und ‚von der Zuschauertribüne runterkommen‘ müssen, werden auf Oppositionsseite kaum noch attackiert.“ Und den Grünen mangelt es nicht nur an einem eigenen außenpolitischen Konzept, sie sind auch noch in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen gespalten. Während Joschka Fischer sich durch Inkonsistenz und Anpassung hervor tut, indem er über den Umweg der NATO-Osterweiterung zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem gelangen will, das es ja mit der OSZE eigentlich schon gibt, zu dessen Aktivierung nur der politische Wille vor allem des Westens fehlt, beklagt Ludger Vollmer eine solche Haltung, indem er erklärt, mancher von den grünen „Realpolitikern“ senke lieber den Spitzensteuersatz für Großverdiener als die Zahl der Atomraketen. Und wörtlich weiter: „Eine bemerkenswerte Priorität für eine Fraktion, die ohne die Friedensbewegung nicht existent wäre. Hätten die Grünen bei der NATO-Nachrüstung dieselben Argumente benutzt, die die Fraktion nun für die NATO-Osterweiterung anführt, die Partei wäre nie entstanden.“

Einzig und allein die PDS hat eine klare, antimilitaristische Haltung und dies auch in verschiedenen Anträgen ihrer Abgeordnetengruppe im Bundestag, darunter in einem sehr komplexen Antrag zum Thema „NATO-Osterweiterung und europäische Friedensordnung“, dokumentiert. In dem Antrag wurde verlangt, daß die Bundesregierung vom Bundestag aufgefordert wird, sich im NATO-Bündnis für den Verzicht auf die Osterweiterung einzusetzen und statt dessen alternative Wege zur Festigung der gesamteuropäisch-transatlantischen Sicherheit und Zusammenarbeit vorzuschlagen.

Um dahin zu kommen, bedarf es starken parlamentarischen und vor allem außerparlamentarischen Drucks und unserer aller Engagements.

Ingolstadt, den 6. Juni 1997

Rentenversicherung bald nur privat?

Während sich in Bonn Regierung und Opposition um die gesetzliche Rente streiten, propagieren gewissenlose rechte Nationalökonom (die sog. „Angebots-Schule“ in der Tradition des berühmten US-Ökonomen Milton Friedman) bereits die Abschaffung der Renten-Sozialversicherung. Spätestens ab dem Jahr 2003 sollen sich alle privat versichern.

Auf einer „Kieler-Woche-Konferenz“ Ende Juni berieten die „Angebotstheoretiker“ über diese Pläne. Gastgeber war das Kieler „Institut für Weltwirtschaft“ (IFW), eine Kaderschmiede für Rechtsaußen-Ökonomen nach Art der „Chicago Boys“ des US-Professors Milton Friedman, der sich u.a. 1973 als Berater der Militärjunta in Chile, später als Propagandist für Reagan und Thatcher hervortat. Aus dem IFW kommen u.a. der Chef der wirtschaftspolitischen Abteilung im Kanzleramt, der Deutsche Bank-Vorstand Prof. Norbert Walter, der Leiter des BDI-Instituts Prof. Fels und andere einflußreiche Leute.

Spätestens nach den übernächsten Bundestagswahlen, so der Tenor in Kiel, werde das Rentensystem als Sozialversicherung nicht mehr zu halten sein. Weder der „Generationenvertrag“ noch die Beiträge der Unternehmen zur Rente seien dann noch zu bezahlen, so die „Sachverständigen“. An deren Stelle müsse dann eine gesetzliche Pflicht für jede Person treten, sich privat zu versichern.

Der Kieler IFW-Chef Prof. Siebert gab die Parole aus, dafür junge gegen alte Leute aufzuhetzen: „Das Umlageverfahren ist in der derzeitigen Form gerade in den schnell alternenden europäischen Gesellschaften nicht mehr tragbar.“

Für die privaten Lebensversicherungen wäre die Abschaffung der Renten-Sozialversicherung ein Riesengeschäft und ein unerhörter Machtzuwachs, flößen ihnen doch über die schon jetzt enormen privaten Lebensversicherungsbeiträge jedes Jahr weitere Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe zu. Zugleich würden die Kapitalisten völlig von der Beitragspflicht für die Rente befreit – eine Verringerung der Lohnnebenkosten nach dem Geschmack der Konzerne.

Auch die verteilungspolitischen Wirkungen des in Kiel erörterten Planes wären enorm. Zum einen wäre eine riesige Ausdehnung der Altersarmut die Folge, weil insbesondere Leute mit niedrigen und/oder unsteten Einkommen nicht in der Lage wären, eine Lebensversicherung im erforderlichen Umfang zurückzulegen. Um ein Beispiel zu geben: Die gesetzliche Rentenversicherung zahlt laut Minister Blüm derzeit im Durchschnitt 15 Jahre lang Rente. Angenom-

men, die Durchschnittsrente betrage 1.500 DM pro Person im Monat. Um 15 Jahre lang eine solche Rente zu bekommen, müßte das Guthaben bei der Lebensversicherung bei Rentenbeginn weit über 200.000 DM betragen – eine Rücklage, die Leute mit gewöhnlichen Einkommen nie erreichen werden.

Aber auch in der Mittelklasse wäre die Wirkung enorm. Viele Rücklagen, die sich gutverdienende Leute während ihrer Berufszeit zurücklegen, würden im Alter komplett aufgebraucht – von den Kosten für Krankenbehandlungen, die im Alter enorm ansteigen und auch privat aufgebracht werden sollen, ganz abgesehen.

Bleibt die Frage, wo die Milliardenbeiträge für die privaten Lebensversicherungen künftig angelegt würden? „Den scheinbar begrenzten Kapitalanlagemöglichkeiten im Inland, die die deutsche Rentenreformkommission vor der Kapitaldeckung hat zurückschrecken lassen, stellt Feldstein (Professor der Harvard Universität in den USA, d. Red.) den weltweiten Kapitalmarkt entgegen, der zur Risikostreuung ohnehin zu nutzen sei.“ (*Handelsblatt*, 30.6.) Also Anlage von Lebensversicherungsbeiträgen für Rohstoffgeschäfte, Immobilienspekulationen u.ä. weltweit – bis zum nächsten Banken- oder Börsencrash!

Trotzdem: Von gewissenlosen Nationalökonom wird die Zerstörung der sozialen Rentenversicherung und eine weitere Umwandlung der Gesellschaft nach US-Vorbild propagiert werden – zumal starke Geschäftsinteressen von Banken, Versicherungen u.a. dahinterstehen. Wenn das nächste Mal Katastrophenberichte über die gesetzliche Rente erscheinen – Beiträge bis 30% und ähnlicher Lug und Trug – dann stecken auch solche Absichten dahinter. *rül*

Halim-Dener: Erklärung der Nebenklage

„... mit der Aufklärung des polizeilichen Todeschusses überfordert?“

Am 27. Juni, noch vor Verkündung des skandalösen Freispruchs für den SEK-Beamten Klaus T., der 1994 den kurdischen Jugendlichen Halim Dener in Hannover beim Kleben von ERNK-Plakaten erschossen hatte, legten die Anwälte der Familie von Halim Dener die folgende erste Bewertung des Prozesses vor. Darin kündigten sie Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil an.

Wenn heute der Freispruch für den angeklagten SEK-Beamten Klaus T. verkündet wird, ist die öffentliche Hauptverhandlung zwar im zweiten Anlauf beendet, die Erwartungen der Familie des erschossenen kurdischen Jugendlichen Halim Dener sind aber ebenso enttäuscht, wie die kritischen Fragen der Öffentlichkeit unbeantwortet. Den Eltern

gelang es gegen den Willen des Gerichts, das es ablehnte, irgendwelche Kosten zu übernehmen, erst ab dem 9. Hauptverhandlungstag, am Prozeß teilzunehmen, nachdem der Bundestag in Bonn sich hiermit hatte beschäftigen müssen. Die geltend gemachten Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche der Eltern hat das Gericht gar nicht erst behandelt, sondern wegen schwieriger zivilrechtlicher Fragen und einer Verzögerung als ungeeignet abgelehnt – nachdem das Verfahren bisher fast drei Jahre dauerte, eine erstaunliche Begründung.

Als Vertreter der Nebenkläger stellen wir zum vorläufigen Ende des Verfahrens fest:

1. Eine gründliche Aufklärung der Ereignisse in der Nacht vom 30.6. zum 1.7.1994 fand nicht statt.

Weder die Einlassung des Angeklagten zur angeblich versehentlichen Schußabgabe aus nächster Nähe (10 cm) in den Rücken des flüchtenden sechzehnjährigen Opfers waren Staatsanwalt und Gericht eine kritische Nachfrage wert, noch die skandalösen Ermittlungsfehler und Pannen. War doch gegen die Anweisung für polizeiliche Todesermittlungen im Zusammenhang mit einem Schußwaffengebrauch gröblichst verstoßen worden. Der tatverdächtige Angeklagte wurde nicht als erstes zur Vernehmung gebracht, nicht festgenommen und von anderen getrennt gehalten, ihm wurde die Waffe nicht abgenommen und die nicht gesichert. Stattdessen erhielt er die Gelegenheit, mit seinen Kollegen unbewacht zu seiner Dienststelle zu fahren, dort sich lange mit seinen Vorgesetzten zu unterhalten, die Hände zu waschen etc. Die von uns beanstandete Inaugenscheinnahme des Tatortes wurde abgelehnt, ja das Gericht stellte nicht einmal Ermittlungen an, um das während des Verfahrens unter mysteriösen Umständen verschwundene Projektil wieder aufzufinden.

Man wollte sich mit einem vom SEK vorgeschlagenen Gutachter begnügen, der bereits im Ermittlungsverfahren aufgrund allgemeiner sensomotorischer Erkenntnisse herausgefunden hatte, daß unter besonderen Bedingungen, insbesondere großem Streß, auch der hohe Abzugswiderstand des Revolvers (von 4,3 kg) unbeabsichtigt überwunden werden könne; während der auf Betreiben der Nebenkläger durchgesetzte Schußwaffenexperte dies aufgrund von Experimenten und seiner Erfahrung als Sachverständiger ausschloß.

2. Durch die Verhandlungsbedingungen wurde das Opfer nachträglich zum Täter gestempelt.

Wegen angeblicher Gefährdung des Angeklagten war die Hauptverhandlung beim ersten Anlauf im letzten Jahr – in der Justizgeschichte einmalig! – in den Hochsicherheitsaal des Oberlandesgerichts in Celle verlegt worden, die Hannoveraner Richter wollten sich in schußsicheren Limousinen dorthin fahren lassen. Der Gerichtssaal glich eher einer Po-

lizeifestung als einem Ort der Rechtsprechung. Auch die Richter der neu gebildeten 3. Strafkammer haben sich den polizeilich diktierten Sicherheitsbedingungen unterworfen: Massive Polizeipräsenz, Absperrung des Gerichts, Durchsuchung der Prozeßbesucher und – unkontrollierte – Ablichtung ihrer Ausweise, bewaffnete Polizeibeamte im Gerichtssaal beeinträchtigten den ungehinderten Zugang der Öffentlichkeit und schreckten insbesondere Kurden vom Besuch der Hauptverhandlung ab; der Angeklagte erschien zu Verhandlungsbeginn und nach jeder Unterbrechung in einem filmreifen Szenario mit zwei bis vier Bodyguards als letzter im Gerichtssaal, in einem Nebenraum wartete eine Gruppe von Polizeibeamten in einer Art „Kampfanzüge“, die Eltern von Halim Dener mußten sich einer entwürdigenden Durchsuchungsprozedur unterwerfen, ein SEK-Dienstvorgesetzter des Angeklagten ließ es sich nicht nehmen, bei seiner Zeugenvernehmung seine Waffe zu tragen – alle Anträge der Nebenklage, diese überflüssigen, diskriminierenden und behindernden Sicherheitsbedingungen zu beseitigen, wurden vom Gericht abgelehnt, obwohl niemand eine konkrete Gefährdung ernsthaft behaupten konnte und Innenminister Glogowski gerade für die Aufhebung des PKK-Verbots plädiert hatte, weil seit März letzten Jahres keine Gewalttaten mehr zu verzeichnen seien ...

So war es nur konsequent, daß Oberstaatsanwalt Borchers in seinem Schlußplädoyer eingestand, der SEK-Beamte hätte eigentlich gar nicht angeklagt werden dürfen, er hätte dies nur aufgrund des großen Drucks getan; jedenfalls sei er in Übereinstimmung mit dem sensomotorischen Gutachten freizusprechen, da T. in der konkreten Situation „einfach überfordert“ gewesen sei. Dies bedeute in der Konsequenz: Es soll gerichtlich abgesegnet werden, daß selbst hochtrainierte SEK-Polizisten nicht zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sie Bürger mit ihrer Waffe erschießen und nicht zu widerlegen ist, daß dies unbeabsichtigt und unter Streß geschah! Eine unsäglich und alarmierende Konsequenz.

3. *Trotz „Maulkorb“ durch Oberstaatsanwalt Borchers: Der Verdacht einer vorsätzlichen Körperverletzung mit Todesfolge bleibt bestehen!*

Wenn der offensichtlich befangene Oberstaatsanwalt Borchers im Rahmen seines Schlußplädoyers lautstark verkündete: Wer nach dieser Beweisaufnahme noch behauptete, es sei eine vorsätzliche Tat gewesen, der begehe eine üble Nachrede gegenüber dem Polizeibeamten, so ist diese Strafandrohung offensichtlich keine Entgleisung, sondern Konsequenz seines Versuchs, Angeklagten und SEK und von jedem Verdacht reinzuwaschen – ein in der jüngeren Justizgeschichte wohl einmaliger Vorgang zur Einschüchterung der Opfer und ihrer Rechtsanwälte, der nicht hingenommen werden darf.

Trotz dieser Drohung müssen wir dabei bleiben, daß dieses Verfahren keine gründliche Aufklärung des Todesschusses gebracht hat, das Urteil keinen Anspruch darauf erheben kann, den Rechtsfrieden wiederherzustellen. Die Hannoveraner Justiz ist mit dem Verfahren offensichtlich überfordert. Wir werden das Urteil daher anfechten und nach Vorliegen der schriftlichen Begründung die Durchführung der Revision prüfen, über die der Bundesgerichtshof zu entscheiden haben wird.

H.-Eberhard Schultz, Dr. Rolf Gössner, Bremen/Hannover, den 27.6.1997

Erneut Brandanschlag auf Lübecker Kirche

Braune Drahtzieher

In der Nacht zu Sonntag, dem 29.6., wurde erneut eine Kirche im Stadtteil St. Jürgen von Nazis angezündet. Der oder die Täter hinterließen vier Hakenkreuze und die Drohung „Harig, wir kriegen dich“.

Es bedarf keiner übermäßigen analytischen Fähigkeit, um den Zusammenhang zum Anschlag auf St. Vicelin im Mai und das von der Mariengemeinde einer algerischen Familie gewährte Kirchenasyl zu erkennen. Ganz offensichtlich wird die Kette von Drohungen und Einschüchterungsmaßnahmen gegen das Kirchenasyl und Personen, die sich mit diesem humanitären Akt solidarisieren, fortgesetzt. Die Brandanschläge und Schmierereien sind nichts anderes als blanker politischer Terror, eine Methode, die dem Faschismus seit seinem Entstehen eigen ist. Die Äußerungen der Ermittlungsbehörden, vorgetragen auf ihrer Pressekonferenz am Sonntagnachmittag, daß ein politischer Hintergrund der Tat nicht sicher sei, zeugen davon, daß die verantwortlichen ErmittlerInnen ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können. Wer das eindeutige Bekenntnis der oder des Täter/s – metergroß am Tatort hinterlassen – ignoriert, oder den politischen Charakter alleine schon von Hakenkreuzen nicht sehen will, von dem kann keine Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität erwartet werden.

Es kann also auch kaum verwundern, daß die – bereits seit längerer Zeit bekannten – Drahtzieher der faschistischen Kampagnen gegen das Kirchenasyl der Gemeinde von Pastor Harig vollkommen unbehelligt bleiben: die beiden NPD/JN-Aktivistin Ulrich Schwetasch und Jürgen Gerg aus Lübeck meldeten am 31.5. Demonstrationen an, eine davon hatte das Motto „Kirchenasyl – wider Gesetz und Recht“. Aus dem gleichen Umkreis kamen Hetzschriften gegen das Kirchenasyl, auf denen Pastor Harig abgebildet wurde. Als Herausgeber wurde zynisch ein „Aktionskomitee für HARIGe Angelegenheiten“ angegeben. Verantwortlich zeichnete der langjährige Hamburger Nazi Thomas „Steiner“ Wulff. Der eben-

falls zur NPD gehörige Jörn Lembke konnte in den „Lübecker Nachrichten“ im Mai unter der Rubrik „Leser-Meinung“ an exponierter Stelle gegen das Kirchenasyl wettern.

Der zunächst festgenommene Tatverdächtige wurde inzwischen wieder freigelassen. Sicher scheint allerdings, daß die Brandstiftung ebenso wie die Hakenkreuzschmierereien an der Jakob-Kirche und dem Büro von Günther Grass in den Zusammenhang der Nazi-Kampagne gehören, deren Hauptverantwortliche Schwetasch, Gerg und Lembke sind.

Der braune Sumpf ist nicht unbekannt, er hat Namen, Adressen und Gesichter. Solange dieser Sumpf nicht trockengelegt ist, muß mit weiteren Anschlägen gerechnet werden. Sage keiner, er oder sie habe von nichts gewußt!

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Urteilsbegründung unbefriedigend

Safwan Eid freigesprochen

Auf der Pressekonferenz gleich nach Verkündung des Freispruchs für Safwan Eid hielt auch das Lübecker Bündnis gegen Rassismus einen Beitrag zum Prozeßausgang, den wir hier (gekürzt) dokumentieren.

Daß Safwan Eid endlich freigesprochen wurde, ist der einzig erfreuliche Aspekt im Komplex zum Brandanschlag in der Hafenstraße. Die Urteilsbegründung kann nicht befriedigen: Das Gericht hat Zweifel an Safwans Unschuld hinterlassen, zu viele Fragen wurden nicht beantwortet. Es bleibt an Safwan ein Makel, ein Verdacht hängen, das Gericht ist hinter seine Erklärung vom April zurückgegangen.

Viele und entscheidende Fragen sind auch 1 ½ Jahre nach dem Brandanschlag ungeklärt:

- Offen ist, ob die tatsächlichen Täter ermittelt werden; offen ist, ob die Ermittlungen gegen die dringend tatverdächtigen Nazis aus Grevesmühlen wieder aufgenommen werden.

- Offen ist, ob die willkürlichen und in ihrer Einseitigkeit rassistischen Ermittlungen auch juristische Konsequenzen für die Verantwortlichen haben.

Die Staatsanwälte, die sich so vehement gegen den Vorwurf gewehrt haben, bewiesen durch ihre Wertung der Aussagen von ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern des Flüchtlingsheims, bewiesen durch ihre Vernehmungsmethoden und -inhalte und schließlich auch durch ihr Plädoyer, wie berechtigt und fundiert die Anklage, rassistisch ermittelt zu haben, ist.

- Schließlich ist offen, ob die erst durch den Brand, dann durch die Ermittlungen zu Opfern gewordenen Flüchtlinge aus der Hafenstraße 52 Bleiberecht erhalten.

Die Forderung nach dem Bleiberecht,

die ihre Berechtigung unabhängig von Brandursache und Tätern hat, stieß noch am 18. Januar 1996 auf breiten Konsens in Politik und Bevölkerung. Die Machenschaften der Staatsanwaltschaft und das öffentliche Spekulieren um den Verdacht gegen Safwan Eid haben diese Forderung zwischenzeitlich weitgehend zurückgedrängt. Immer noch gibt es viel verbale Unterstützung für das Bleiberecht: Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben eine entsprechende Resolution verabschiedet. Auch im Landtag Schleswig-Holsteins fand eine Resolution für das Bleiberecht eine Mehrheit. Aber alle verweisen auf den Bundesabschiebeminister Kanther als Verantwortlichen. Was fehlt, ist der Mut, z.B. der Landesregierung, das Bleiberecht zu verfügen und es auf einen politischen und möglicherweise auch juristischen Konflikt mit der Bundesregierung ankommen zu lassen.

Falls es zu einer Abschiebung auch nur eines Überlebenden des Brandanschlags kommen sollte, würde dies bedeuten, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft verloren haben. Es würde auch eine Niederlage der demokratischen, der liberalen Faktoren gegenüber den reaktionären, bürokratisch-rassistischen Hardlinern bedeuten.

Wir als Lübecker Bündnis gegen Rassismus, als Teil der antifaschistischen und antirassistischen Basisbewegung, können nichts verfügen. Wir können der Öffentlichkeit und besonders den von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen aus der Hafenstraße nur versprechen, daß wir alle Energien aufbringen werden, um die Verantwortlichen zu einer schnellen positiven Entscheidung zu drängen. Und wir versprechen, daß es keine Abschiebungen ohne massivsten Widerstand von uns geben wird.

Etwa 4.000 Personen haben während der Unterschriftenkampagne für das Bleiberecht mit ihrer Unterschrift bekundet, daß sie auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams bereit sind, die Flüchtlinge vor der Abschiebung zu schützen.

Seien mir noch ein paar Worte zur Situation hier in Lübeck erlaubt.

Nach dem Brandanschlag Hafenstraße gab es noch mindestens vier rechtsextreme Brandanschläge bzw. davon einen vereitelten, also Brandanschlagsversuch, dazu noch etliche eindeutig faschistische Schmierereien. ...

Auch zum Brandanschlag auf St. Vicelin gab es Äußerungen, die die Tat faktisch verharmlosten, die Täter allein als verwirrte, dumme Jungen charakterisieren. Hakenkreuze und Brandanschläge aber sind eindeutig, der Intelligenzquotient der Täter, ihre soziale Situation, ihr Alter sind nicht die entscheidenden Faktoren. Die derzeitige Tätigkeit der Ermittlungsbehörden in Lübeck wird faschistische Brandstifter jedenfalls nicht von weiteren Taten abschrecken.

Holger Wulf



Skandalöse Verschärfung des Ausländergesetzes

Abschiebungen schon bei bloßem polizeilichem Verdacht

Fast ohne Beachtung durch die breitere Öffentlichkeit haben Regierungsparteien und SPD-Opposition Ende Juni eine drakonische Verschärfung der Ausländergesetze in Kraft gesetzt. Künftig dürfen Ausländer/innen schon bei bloßem polizeilichem Vorwurf, sie hätten sich an einer verbotenen Demonstration beteiligt, abgeschoben werden. Eine gerichtliche Prüfung dieses Vorwurfs ist nicht mehr erforderlich – der Rechtsweg ist für Ausländer damit abgeschafft, während sich polizeiliche Willkür ungehindert durch Gerichte frei entfalten kann. Lediglich die PDS, die Grünen und einige wenige Abgeordneten von FDP und SPD (darunter die SPD-Abgeordnete Däubler-Gmelin, die Ex-Justizministerin und FDP-Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger und die FDP-Abgeordneten Burkhard Hirsch und Graf Lambsdorff) lehnten das Gesetzespaket mit z.T. scharfen persönlichen Erklärungen ab.

Trotzdem: Das Gesetzespaket ist in Kraft. Für Ausländer, die von der Polizei bei verbotenen Demonstrationen festgenommen werden, ist damit der Rechtsweg abgeschafft – ein Rückfall, mit dem das bundesdeutsche Rechtssystem gegen alle Normen der Vereinten Nationen verstößt. Eine zweite Änderung: Ausländische Frauen, die sich von ihrem Ehemann z.B. wegen ehelicher Gewalt, Vergewaltigung oder erzwungener Prostitution scheiden lassen, müssen künftig direkt nach ihrer Trennung damit rechnen, abgeschoben zu werden. Allein der Verdacht, sie könnten auf Sozialhilfe angewiesen sein, reicht dafür aus. Diese abstoßende Regelung fand sogar der ansonsten bei Sozialhilfestreichungen bedenkenlose Graf Lambsdorff „menschlich schäbig“.

Wir dokumentieren Auszüge aus der Bundestagsdebatte über das Gesetzespaket am 26. Juni sowie einige der neuen Bestimmungen.

Aus der Bundestagsdebatte

Kerstin Müller (Köln) (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Novellierung des Ausländerrechts wird aus unserer Sicht leider die Chance vertan, eine grundlegende Reform hin zu mehr Integration zu schaffen. (...) es gibt zahlreiche Punkte, bei denen Sie, meine Damen und Herren von der SPD und der Koalition, es geschafft haben, das Rad in die 60er Jahre zurückzudrehen. Mit der faktischen Aufhebung des Ausweisungsschutzes wird die Doppelbestrafung und Verbannung von straffällig gewordenen Jugendlichen die Regel. Sie werden hier geboren, sie wachsen hier auf, sie werden hier straffällig – doch im Unterschied zu ihren deutschen Altersgenossen folgt der Strafe die Abschiebung in ein unbekanntes Heimatland, das nichts mit ihren Problemen zu tun hat. Egal ob sie die Sprache dieses Landes sprechen, egal ob sie dort familiäre Bindungen haben – sie werden genauso wie die Probleme abgeschoben. Damit wird das Ausländerrecht zum zweiten Strafrecht insbesondere für Jugendliche.

(...) Zweierlei Recht für Ausländer und Deutsche gibt es auch noch an einer anderen Stelle. Die Abschiebung eines Ausländers wegen einfachen Landfriedensbruchs wird erlaubt, ohne daß der Betroffene wegen der ihm vorgeworfenen Tat von einem Strafgericht verurteilt worden ist. Das heißt, künftig genügt der bloße, nicht erwiesene Vorwurf, um einen ausländischen Beschuldigten abzuschieben. Wir haben an dieser Stelle schwerwiegende rechtsstaatliche Bedenken, weil damit die Unschuldsvermutung für Ausländer in einem Teilbereich aufgehoben wird. Das heißt, an dieser Stelle wird der Grundsatz „in dubio pro reo“ für Ausländer abgeschafft. Dem können wir

Die neuen Bestimmungen

1. Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Frauen

In § 19 Ausländergesetz heißt es künftig (Absatz 1, Satz 1 Nr. 2:

„Eine außergewöhnliche Härte (die eine ausländische Frau vor einer Abschiebung bewahren könnte, d. Red.) im Sinne von Satz 1 Nr. 2 liegt vor, wenn dem Ehegatten wegen der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft nach Art und Schwere so erhebliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der bestehenden Rückkehrverpflichtung drohen, daß die Versagung der Aufenthaltserlaubnis als nicht vertretbar erscheinen würde; hierbei ist die Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet zu berücksichtigen. Zur Vermeidung von Mißbrauch kann die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 versagt werden, wenn der Ehegatte auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe angewiesen ist.“

Damit kann z.B. eine Frau aus Polen, die in der BRD von ihrem Ehemann vergewaltigt oder zur Prostitution gezwungen wurde, wegen „drohendem Sozial-

hilfebezug“ nach der Trennung von ihrem Mann sofort abgeschoben werden.

2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen gegen alle Ausländer

Ein neuer § 41a Ausländergesetz schreibt künftig vor:

„(1) Die Identität eines Ausländers aus einem Kriegs- oder Bürgerkriegsgebiet, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, ist durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern, sofern ihm eine Aufenthaltsbefugnis nach § 32 oder § 32a oder eine Duldung nach § 54 erteilt wird oder seine Zurückschiebung oder Abschiebung in Betracht kommt. Nach Satz 1 dürfen nur Lichtbilder und Abdrucke aller Finger aufgenommen werden.

(2) Zuständig für erkennungsdienstliche Maßnahmen sind die zentrale Verteilungsstelle nach § 32s Abs 11 Satz 2, die Ausländerbehörden, die Grenzbehörden und die Polizeien aller Länder.“

3. Abschiebung ohne Urteil

§ 47 Ausländergesetz Abs. 1 wird u.a. so geändert, daß in den Katalog der unabwiesbaren Abschiebungsgründe zusätzlich zur bisher schon genannten Verurteilung wg. schwerem Landfriedensbruch nun auch eine Verurteilung zu einfachem Landfriedensbruch gehört, so-

fern die Jugendstrafe deshalb mindestens 2 Jahre beträgt oder eine Freiheitsstrafe verhängt wurde.

Abs. 2 führt dann erstmals die Abschiebung ohne Urteil gleich zweifach ein:

„(2) Ein Ausländer wird in der Regel ausgewiesen, wenn er

1. wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren oder zu einer Geldstrafe verurteilt und die Vollstreckung der Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist,

2. den Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes zuwider ohne Erlaubnis Betäubungsmittel anbaut, herstellt, einführt, durchführt oder ausführt, veräußert, an einen anderen abgibt oder in sonstiger Weise in Verkehr bringt oder mit ihnen handelt oder wenn er zu einer solchen Handlung anstiftet oder Beihilfe leistet oder

3. sich im Rahmen einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen oder aufgelösten Aufzugs an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt.“

nicht zustimmen. (...) Wir brauchen endlich ein Ausländerrecht, das die Entwicklung der letzten 35 Jahre akzeptiert, das die Realität eines Einwanderungslandes endlich anerkennt, das Bürgerrechte auch für Migranten realisiert. (...)

Wir brauchen aber vor allem eine Reform der Staatsbürgerschaft. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. (...) Statt die Situation der hier lebenden Ausländer, vor allen Dingen der ausländischen Jugendlichen, mal wieder zu verschlechtern, müssen wir diese Menschen endlich zu Inländern machen. Das muß das nächste Reformprojekt sein.

Ulla Jelpke (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als mir das Ergebnis des Vermittlungsausschusses vorlag, dachte ich, ich traue meinen Augen nicht. Ich meine, daß sich die SPD nicht durch eine glänzende Verhandlungstaktik hervorgetan hat; denn der Regierungsentwurf ist in Teilen noch verschärft worden.

Zum ersten: Die vorgesehenen Regelungen bezüglich eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für ausländische Ehefrauen sind meines Erachtens verschlimmbessert worden. Es ist mir wirklich schleierhaft, wie sozialdemokratische Politikerinnen diesem Entwurf zustimmen können.

Nach geltendem Recht gibt es für mißhandelte nichtdeutsche Ehefrauen nach dreijähriger Ehe die Möglichkeit, eine eigenständige Aufenthaltsgenehmi-

gung zu bekommen. Diese Frist soll – so wurde richtigerweise gesagt – zwar wegfallen, dafür sollen als „außergewöhnliche Härtefälle“ nur noch erhebliche Nachteile anerkannt werden, die bei einer Abschiebung in das Herkunftsland drohen. Von ehelichen Mißhandlungen und Gewalt hierzulande – hier stimme ich meiner Kollegin Kerstin Müller zu – ist plötzlich nicht mehr die Rede. Was ich aber für einen besonderen Skandal halte, ist, daß Frauen, die beispielsweise Sozialhilfe bekommen, nicht in diese Härtefallregelung einbezogen werden können. ... Hier werden nicht nur Frauen, die sowieso sozial schwach sind, benachteiligt, sondern die jetzige Rechtslage wäre für die Frauen besser, weil es in ihr immerhin noch heißt, daß die Frau noch ein Jahr Sozialhilfe beziehen darf.

Zum zweiten: Auch in einem anderen Punkt wurde der Gesetzentwurf im Laufe der Arbeit des Vermittlungsausschusses verschlechtert. Bürgerkriegsflüchtlinge sollen in Zukunft wie Schwerverbrecher behandelt werden, indem man sie ohne Ausnahme erkennungsdienstlich behandelt. ...

Zum dritten: Nichtdeutsche, die sich hierzulande politisch betätigt haben, sollen selbst bei einem einfachen Landfriedensbruch ohne Pardon abgeschoben werden. Es ist nicht einmal eine Verurteilung nötig.

Ich kritisiere an diesem Teil der Vorlage des Vermittlungsausschusses, daß Regelausweisungen auch ohne rechtskräf-

tige Schuldfeststellung möglich sein sollen. Selbst anerkannte Flüchtlinge wollen Sie in Verfolgerstaaten abschieben. Sie wissen genau, daß die Abschiebung straffälliger Nichtdeutscher faktisch einer Doppelbestrafung gleichkommt. Dabei hat das Bundesverwaltungsgericht erst vor einem Jahr entschieden, daß Abschiebungen aus Gründen der Abschreckung unzulässig sind. Vielmehr soll es darauf ankommen, wo eine abzuschiebende Person ihren Lebensmittelpunkt hat und welchen tatsächlichen Bezug sie zu dem Staat hat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt. (...)

Mein letzter Gedanke. Aus der Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes wissen wir alle: Es geht um die politische Auseinandersetzung mit den aktiven Kurden und Kurden in diesem Land.

In einer Plenardebatte Ende letzten Jahres bin ich dafür gerügt worden, daß ich sagte: Wer Menschen, die in ihrem Land politisch verfolgt werden, abschiebt, geht den Pakt mit den Folterknechten ein.

Sie wissen genau, daß in der Türkei massiv gefoltert wird. (...) Ich denke, wer dennoch selbst anerkannte türkische oder kurdische Flüchtlinge mit der Androhung einer Abschiebung in diesen Folterstaat von einer politischen Betätigung hierzulande abhalten will, der instrumentalisiert die Folter in der Türkei für innenpolitische Zwecke. Einem solchen Antrag werden wir auf keinen Fall unsere Zustimmung geben.

Nach einem Monat im Amt hat die französische rosa-rot-grüne Linksregierung mittlerweile ihre ersten Rückzieher vollzogen, und Premierminister Lionel Jospin ist bereits unter Rechtfertigungsdruck geraten. Die Presse und die sich hämisch freuende politische Rechte üben sich fleißig darin, die Versprechungen des Kandidaten den Taten des Amtsinhabers gegenüberzustellen.

Jospin wandte sich am Donnerstag (3. Juli) bereits im Abendprogramm des zweiten Fernsehkanals an das Wahlvolk, um seine Entscheidungen zu legitimieren, und suchte bei mehreren Gelegenheiten die sozialistischen Abgeordneten auf Loyalität zur Regierung einzuschwören. So betonte Jospin am 1. Juli vor der PS-Parlamentsfraktion, die Abgeordneten seien „dafür hier, in die Arbeit der Regierung einbezogen zu werden, deren Programm sie unterstützt haben, und die Regierung zu stützen“. Und weiter: „Man darf nicht so tun, als ob die Rechte nicht existieren würde, und glauben, daß das politische Feld sich auf das Verhältnis zwischen Mehrheit und Regierung beschränkt. Der Kampf gegen die Rechte bleibt eine Notwendigkeit.“ Aber bitte nicht gegen ihre Politik in den eigenen Reihen ... sonst, so Jospin, „proviziert das die Kommunisten, ihrerseits lauter zu werden, um einen eigenen politischen Raum wiederzufinden“.

Vor allem Gegenstand der Kritik: am 30. Juni gab der Renault-Konzern bekannt, daß nach Abschluß der „Expertenprüfung“ – die nach dem Wahlsieg der Linken zugestanden worden war – die Entscheidung aufrechterhalten bleibe, das belgische Werk Vilvoorde (3.100 Arbeitsplätze) vor Jahresende zu schließen. Die französische Regierung erklärte sich außerstande, dies zu verhindern. Mit 47 Prozent Aktienanteil ist der französische Staat größter Minderheitsaktionär von Renault (von 1945 bis 1996 hatte er stets die Kapitalmehrheit gehalten). Lionel Jospin, mittlerweile Premierminister, hatte am 16. März als Sozialistenchef an einer Protestdemonstration in Brüssel gegen die Werksschließung teilgenommen und bei seinem letzten Wahlkampfauftritt am 29. Mai in Lille den Vilvoorde-Arbeitern das Drängen auf Alternativlösungen zugesichert. Pikant an der Situation ist auch, daß der Renault-Vorstandsvorsitzende Louis Schweitzer in den 80er Jahren auch zu den damals zum Modebegriff gewordenen „Unternehmern der Linken“ zählte, die rund um Francois Mitterrand ihren Aufstieg versuchten. Schweitzer arbeitete etwa im Kabinett von Laurent Fabius (PS-Premierminister von 1984 bis 1986).

Jospin betonte in seiner Fernsehrede vom 3. Juli, er habe „niemals versprochen, daß Renault Vilvoorde nicht geschlossen werde, sondern nur eine erneute Öffnung der Akte“ zwecks nochmaliger Untersuchung. Gegenüber Kritikern aus den eigenen sozialistischen Reihen –

etwa vom Flügel „Sozialistische Linke“ (GS) und dem Ex-Parteichef Henri Emmanuelli – hob der Premierminister hervor, es gebe in Vilvoorde einen ehrgeizigen Sozialplan, der – so ergänzte Wirtschaftsminister D. Strauss-Kahn – „ebenso teuer komme wie die Beibehaltung des Werks“ (fragt sich nur in den Grenzen welchen Zeitraums). Tatsächlich gab es für Vilvoorde einen relativ umfangreichen Sozialplan, der aber einen Schönheitsfehler hat; er wurde am Montag (7. Juli) von den betroffenen Beschäftigten abgelehnt ...

Ab 1 Juli ist der gesetzliche Mindest-

(8.000 DM) monatlich ausbezahlt werden. Was zum Effekt haben wird, daß etwa 10 Prozent der Haushalte – mit den höchsten Einkommen – aus der Kindergeldvergabe herausfallen. Denn die Familienunterstützung fließt bisher in Frankreich einkommensunabhängig ab dem zweiten Kind, während Familien mit nur einem Kind grundsätzlich keinen Anspruch haben. Die Motivation dieser Kindergeldzahlung ist also offenkundig weniger sozialer denn vielmehr „natalistischer“ (geburtenfördernder) Natur. Die Kritiker der neuen Maßnahme der Regierung kommen denn auch mit unter-

Frankreich

Erste Unstimmigkeiten in der rosa-rot-grünen Linksregierung

Von Bernhard Schmid, Paris

lohn SMIC um 4 Prozent von 6.406 auf 6.660 Francs (von 1.900 auf 1.975 DM) erhöht werden. Bemerkenswerterweise hatte der bürgerliche Premierminister Alain Juppe mit einer Erhöhung des SMIC um 4 bis 5 Prozent im Vorjahr die jetzige Regierung übertroffen. Die Kommunisten kritisierten die aktuelle Maßnahme als unzureichend, PCF-Sekretär Robert Hue sprach sich für einen Zuwachs des SMIC „um 5 oder 6 Prozent“ (320 bis 380 Francs) aus. Im Wahlkampf hatte die KP noch als Sofortmaßnahme die Erhöhung „um 1.000 Francs ab 1. Juli“ und mittelfristig „einen Mindestlohn von 3.500 Francs (2.520 DM) auf ihre Fahnen geschrieben. Auch die beiden Gewerkschaftsbünde CGT und FO haben bereits die in ihren Augen zu geringe Erhöhung des SMIC kritisiert. Neben dem Mindestlohn sollen auch die staatlichen Mietbeihilfen (Wohngeld) nach oben revidiert werden. Im Herbst soll ferner eine „Lohnkonferenz mit den Sozialpartnern“ einberufen werden, auf welcher ein Grundsatzbeschluß über die Arbeitszeitverkürzung gefällt werden soll. Jospin zufolge soll die 35-Stunden-Woche bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode über Verhandlungen der „Sozialpartner“ erreicht werden. Dies entspricht der 1996er Programmdebatte der Sozialisten, während das gemeinsame Papier von PS und PCF im Wahlkampf ein „Rahmengesetz zur 35-Stunden-Woche zu Anfang der Legislaturperiode“ in Aussicht gestellt hatte.

Eine erste Maßnahme zur Senkung der Staatsausgaben hat die Regierung bereits in der vorletzten Juniwoche angekündigt: das Kindergeld soll künftig nur noch an Haushalte bis zu einem Höchsteinkommen von 25.000 Francs

schiedlichen Motivationen aus verschiedenen Lagern: die bürgerliche Rechte verteidigt natürlich ihre Klientel, zu der die Hauptbetroffenen gehören dürften. Konservative Politiker und Familienverbände ziehen natalistische, katholisch-familienpolitische oder „nationale“ Argumentationen („Erneuerung der Generationen durch französische statt Immigrantenkinder“) hervor. Aber auch von kommunistischer und gewerkschaftlicher Seite kommt Kritik, da man hier befürchtet, dies sei ein möglicher Anfang dafür, Sozialleistungen generell unter Einkommensvorbehalt zu stellen.

An einer ersten Protestdemonstration vor der Nationalversammlung (mit einigen hundert Teilnehmern) beteiligte sich so neben bürgerlichen Abgeordneten, unter ihnen die stockreaktionäre Anti-Abtreibungs-Vorkämpferin Christine Boutin (UDF), auch etwa der KP-Parlamentarier Maxim Gremetz. Letzterer zählt parteiintern zu den Hardliner-„Orthodoxen“, die parteiintern gegen die Führung um Robert Hue und die Regierungsbeteiligung opponieren.

Im übrigen hat nun auch die neue Regierung, welche die von Amtsvorgänger Alain Juppe beschlossene Börseneinführung von France Telecom gestoppt hat, für den Herbst die „Öffnung des Kapitals“ der Telecom bis zu 49 Prozent angekündigt. (Bei Juppe wären es zunächst 25 bis 30 Prozent gewesen.)

Die deutsche Telekom, ab Ende 1998 zu 51 Prozent privatisiert, soll über eine „strategische Allianz“ einen Teil der Aktien übernehmen, wie im Gegenzug auch das französische Unternehmen beim deutschen Partner.

(Aus Platzgründen von d. Red. gekürzt)

Seit Mitte der sechziger Jahre war mit dem Militär ein unseliger Geist aus der Flasche entwichen, der sich seitdem nicht mehr bändigen ließ. Es begann die Ära der „Neuen Ordnung“, wobei dem Militär fortan die „*dwi fungsi*“, die Doppelfunktion der äußeren Verteidigung und sozialpolitischen Befriedung im Innern, zugewiesen wurde. Aufstände in den Molukken und auf Sumatra wurden niederkartätscht, Zehntausende als Kommunisten bezichtigt, als Staatsfeinde verhaftet und in KZ-ähnliche Lager gesperrt; Intellektuelle mundtot gemacht oder mit Schreib- und Redeverbot belegt. ...

Siegerpos(s)e auf dem Archipel Suharto (Teil 2)

Das Janusgesicht des Suharto-Regimes

von Rainer Werning

Mit von der Partie war von Anfang an auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's für die fernen Freunde – unter dem Vorwand der „Drogenmißbrauchsbekämpfung“ – Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangar bei Bonn (Dort erhielt unter anderen der Schwiegersohn Suhartos General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung. In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Subianto zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und übernahm zudem das Kommando über das wegen seiner Brutalität gefürchtete „Detachment 81“.)

Der damalige BND-Chef Reinhard Gehlen, schrieb nach Suhartos Militärputsch: „Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.“

Laut Recherchen des Fernsehmagazins Monitor, (ARD, 10.10.96) bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland auch militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte sollten sich dermaßen freundschaftlich gestalten daß der BND in der Deutschen Botschaft in Djakarta sogar eine sogenannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern FB 70 bezeichneten Residentur: enge Zu-

sammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur.

Damit nicht genug: Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma „Heckler & Koch“. Hubschrauber der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande selbst gefertigt.

Die andere Seite des Regimes ist seine – zumindest makroökonomisch betrachtet – Erfolgsstory in der Wirtschaftspoli-

tik ... Indonesien wird in Südost- und Ostasien als „Tiger“ auf dem Sprung gehandelt, der in die Stapfen seiner großen Vorbilder Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea treten will. Suharto tat, was etliche Präsidenten in der Region in den sechziger Jahren ebenfalls taten. Er holte im Ausland, vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik, geschulte Ökonomen in sein Kabinett, um so gegenüber westlichen Kapitalgebern Kompetenz und Solidität zu signalisieren. Die 1.000%ige Inflationsrate wurde auf zweistelliges Niveau gedrückt Investitionen angelockt, die Infrastruktur ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen verbessert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt, wofür Suharto von der UNO besonders ausgezeichnet wurde. Als bedeutsamer Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom, wobei es Djakarta nach dessen Ende gelang, rechtzeitig seine Exportpalette zu diversifizieren und sich auf andere Ausfuhrüter umzustellen. Die Weltbank lobt überdies, daß sich die Lebenserwartung innerhalb von drei Jahrzehnten von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden IndonesierInnen (offiziell) von über 40 auf knapp 12% gesenkt wurde.

Doch die binnen kurzer Zeit aus dem Boden gestampften Prachtbauten, glitzernden Kaufhausfassaden und imposanten Bürotürme die das heutige Stadtbild Djarkartas prägen lassen erahnen, daß dahinter die Kluft zwischen Arm und Reich enorm zugenommen hat. Selbst innerhalb von Betrieben ist ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit.

Läßt Mobutu grüßen?

Wird Suharto gleich seinem Gesinnungs-genossen Mobutu alsbald im politischen Orkus verschwinden? Leider nicht: es gibt etliche Gründe, die dagegen sprechen.

Erstens: Suharto hat die Politik des Teile-und-Herrsche weitaus gewiefter praktiziert als sein zentralafrikanischer Kollege. Trotz der beiden gemeine Korruption und Kleptokratie hat Suharto im infrastrukturellen und wirtschaftlichen Bereich wenigstens Erfolge vorzuweisen.

Zweitens: Eine ernstzunehmende Opposition ist bereits in den Anfangsjahren der Suharto-Ära physisch liquidiert worden, und heute ist der Widerstand schwach und zersplittert. Bedeutsamer sind, wenn überhaupt, oppositionelle Tendenzen – besser: Nuancen – im Militärapparat selbst. Befürworten ältere Kameraden, zentriert um Verteidigungsminister Edy Sudradjat und Vizepräsident Try Sutrisno, eine regulierte politische Öffnung des Systems, optieren andere Generäle für den Weg zurück in die Kasernen. Die dritte Tendenz verkörpert die sogenannte Palastwache um den bereits genannten Subianto und den neuen Stabschef des Heeres, General Hartono. Doch alle eint über die strikte Loyalität zum Präsidenten hinaus das Ansinnen, dem Militär auch künftig sozialpolitische Funktionen zu übertragen.

Drittens: Indonesien hat als bevölkerungsreichster Staat in Südostasien und als anerkannte Regionalmacht kein feindliches Umfeld, beziehungsweise ist es nicht mit Anrainerstaaten konfrontiert, die alte Rechnungen begleichen wollen. Im Falle Zaires hatten zumindest Angola, Uganda, Ruanda und Burundi – nicht zuletzt als Zufluchtsorte für unterschiedliche Mobutu-GegnerInnen – je eigene Interessen, das Regime in Kinshasa kippen zu sehen, als sich dessen Erosion abzeichnete.

Viertens: Als von Anfang an (1967) fester Bestandteil des Staatenbündnisses ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen), dessen Generalsekretariat in der indonesischen Hauptstadt untergebracht ist, kann sich die indonesische Staatsführung beruhigen der *raison d'être* der ASEAN versichern, die explizit keine wie immer gearteten zentrifugale Kräfte toleriert. Das setzte nämlich eine explosive Kettenreaktion in Gang, was keines der sieben Mitglieder jemals erlauben würde.

So wird sich denn Suharto im Frühjahr 1998 wohl zum siebten Mal als Präsident künden lassen. Wehe dem, der Böses dabei denkt ...

Rainer Werning, in Königsdorf bei Köln lebender Politik- und Sozialwissenschaftler, publiziert schwerpunktmäßig zu Südost- und Ostasien und ist u.a. Autor des Buches „Indonesien 1965–1985: Lange Schatten des Terrors“, Münster 1985. Sein Artikel wurde aus Platzgründen von der Redaktion gekürzt.

Wahlen in Mexiko

Von Jochen Schneider, Mexiko-Stadt

Verlust der absoluten Mehrheit für die jahrzehntelang regierende PRI, Sieg des Oppositionskandidaten Cardenas bei den Gouverneurswahlen in Mexiko City – so lauteten die ersten Ergebnisse hierzulande von den mexikanischen Wahlen am 6. Juli. Der folgende Bericht über Hintergründe der Wahlen wurde vor dem Wahltermin fertiggestellt.

In diesen Tagen wird die Hauptstadt Mexikos vom Wahlfieber beherrscht. Acht Parteien kämpfen um die Gunst der Wähler. Der 6. Juli wird für die regierende PRI (Institutionelle Revolutionäre Partei) ebenso bedeutsam sein wie für die oppositionelle PRD (Partei der Demokratischen Revolution). Seit über siebenzig Jahren wurde der Gouverneur der Hauptstadt (Bundesdistrikt) vom Präsidenten der Republik per Dekret eingesetzt. Und das war immer ein Mann der PRI, der in all diesen Jahren regierenden Partei! Nun haben die demokratischen Kräfte durchgesetzt, daß Gouverneur und Regierung der Hauptstadt gewählt werden. Ebenfalls am gleichen Tag werden ein Drittel des Senates und die Abgeordneten der Kammer des Kongresses gewählt. In sieben Bundesstaaten finden Kommunalwahlen zu den Gemeinde- und Stadträten statt.

Entgegen den Erklärungen der Regierung, die das „Ende der Krise“ bejubeln, hält die krisenhafte Situation in Mexiko an. Die Bevölkerung lebt in Armut. 70% aller Lohnabhängigen leben vom Minimallohn, was bedeutet, daß dieser Teil der Bevölkerung nur mit etwa 5% am Gesamteinkommen der Bevölkerung beteiligt ist. Mit ihrer neoliberalen Politik hat die Regierung Zedillo das Land verarmen lassen und es an das ausländische Kapital verkauft.

Cuauhtémoc Cárdenas, Kandidat der Oppositionspartei PRD für den Gouverneursposten des Bundesdistriktes, er-

klärte vor der Gewerkschaft der Elektriker: „Die Kapitulations- und Veruntreuungspolitik der gegenwärtigen Regierung führte zur Polarisierung der Gesellschaft und zur Schwächung der nationalen Souveränität.“ Das sei Resultat der Privatisierungspolitik und des Einfrierens der Löhne. Die Regierung Zedillo betreibe eine Politik der erhöhten Privilegien für ein paar Wenige und weiterer Opfer für die Mehrheit. Der Unmut in der Bevölkerung wachse.

Die PRD sieht gute Chancen für einen Wahlsieg der Opposition in Mexiko-Stadt und ihres Kandidaten Cárdenas. Nach aktuellen Ergebnisse von Umfragen liegt Cárdenas an der Spitze. Die PRD, eine Partei, die erst im Mai 1989 als Sammlungsbewegung demokratischer Kräfte, Abtrünniger der PRI, linker Kräfte, Gewerkschafter und Intellektueller gegründet wurde, hat in den vergangenen Jahren einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Bei den Präsidentenwahlen 1994 errang die Partei immerhin 27% aller Stimmen und belegte nach der PRI und der PAN (Partei der Nationalen Aktion), einer rechten Partei, den dritten Platz. In 235 Munizipien mit mehr als 10 Millionen Bevölkerung stellt die PRD die Bürgermeister und die Mehrheit der kommunalen Vertreter. In den Kammern solch großer Staaten wie Mexiko, Hidalgo, Guerrero und Morelos hat sie starke Fraktionen. Für den Kandidaten der PRD spricht auch die Tatsache, daß er Sohn des Präsidenten Lázaro Cárdenas ist, der während seiner Amtszeit 1934 die Erdölindustrie des Landes verstaatlichte. Gegen eine Reprivatisierung kämpfen heute breite Kreise der mexikanischen Bevölkerung.

Die PRD tritt für eine demokratische Alternative und für die Selbstbestimmung des Volkes ein. „Unsere Auffassung von Demokratie beschränkt sich nicht auf die einfache Teilnahme an den Wahlen, sondern sie erstreckt sich auf alle Gebiete des täglichen Lebens.“ Kern des Wahlprogramms ist die entschiedene Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes durch eine wirksame Erhöhung der Löhne der Minderverdienenden, die Ableh-

nung weiterer Privatisierungen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung auf Bildung, für bessere soziale und gesundheitliche Fürsorge. Die gelbe aztekische Sonne symbolisiert das demokratische und soziale Anliegen der PRD.

Die PRD strebt einen grundlegenden Wandel mit den kommenden Wahlen in Mexiko an. Erreicht die Opposition die Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung und gewinnt der PRD-Kandidat im Bundesdistrikt, käme das einem Erdrutsch gleich. Mit einer Mehrheit in der Kammer könnte der Übergang zu mehr Demokratie bewerkstelligt werden.

Nicht umsonst versucht die regierende Partei mit allen Mitteln, auch in Allianz mit der PAN, die PRD zu diskreditieren. Sie ängstigt die Wähler mit dem Argument, einer möglichen Konfrontation der kommenden Regierung des Bundesdistriktes mit der Bundesregierung. Sie behauptet, die PRD sei unfähig zu regieren. Sie schreckt nicht vor Verleumdungen des PRD-Kandidaten Cárdenas zurück und erhöht den Druck auf Mitglieder und Sympathisanten der PRD. Die PRD hat in den letzten Jahren unter dem Terror der regierenden Caudillos mehr als 400 Menschenopfer zu beklagen. Die Regierung militarisiert das öffentliche Leben. Während des Staatsbesuches des Präsidenten der USA, Bill Clinton, wurde Mexiko-Stadt in ein regelrechtes Heerlager verwandelt. Die Presse verwies auf den deutlichen Unterschied zwischen dem Besuch John F. Kennedys Anfang der sechziger Jahre und dem Bill Clintons.

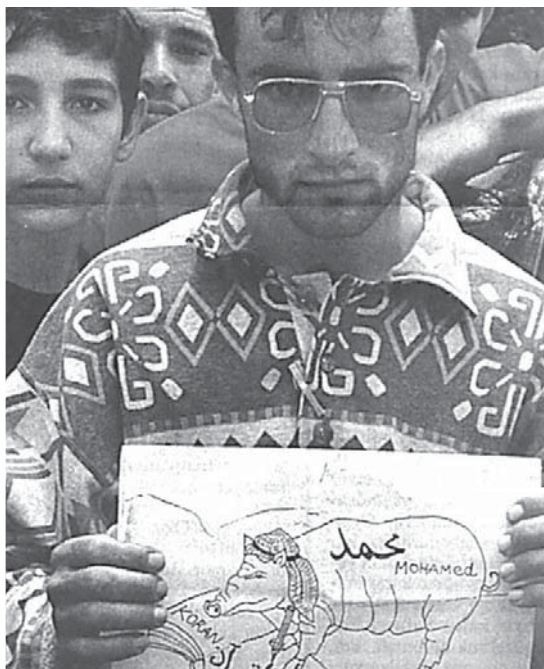
Bis heute sperrt sich die Regierung Zedillo, die Verträge mit der ELZN (Zapatistische Befreiungsarmee) zu unterschreiben. Nach wie vor setzt sie auf militärischen Druck.

In den Gebieten der indigenen Bevölkerung herrscht offener Terror. Paramilitärische Gruppen verfolgen unschuldige Menschen. Nach wie vor mißachtet die Regierung die Rechte der indigenen Bevölkerung, für deren Anerkennung sich die PRD energisch einsetzt.



Cuauhtémoc Cárdenas Solórzano, kurze Biografie

Beruflich: u.a. Präsident der Mex. Planungsgesellschaft, Direktor des Wasserkraftwerkes La Villita, Stellv. Generaldirektor des Stahlwerkes Lázaro Cárdenas-Las Truchas, Vorstandsvors. der Interamerikanischen Planungsgesellschaft, Stellv. Minister für Forstwirtschaft; Minister für Land- und Wasserwirtschaft, **Politischer Werdegang:** 1961-1965 Mitglied des Nationalrates der Bewegung für Nationale Befreiung MLN, 1967-1968 Präsident des Techn. Konsultativrates der Bauernkonföderation CNC, 1973 Kandidat des PRI für die Gouverneurswahlen in Michoacán, 1976-1980 Senator, 1980-1986 Gouverneur von Michoacán, 1986-1987 Führer der „Demokratischen Strömung“ zunächst innerhalb des PRI, ab Ende 1987 als unab. Gruppierung, 1987-1988 Präsidentschaftskandidat der Nationalen Demokratischen Front, FDN, 1990 Präsident der Partei der Demokratischen Revolution, PRD, 1993 Nat. Bürgerkomitee CNC wählt Cárdenas als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 1994, Rücktritt vom Posten des Parteipräsidenten des PRD, 1994 Präsidentschaftskandidat des PRD und der Nat. Demokratischen Allianz ADN, 1997 Kandidat des PRD für die Wahl zum Gouverneur im Bundesdistrikt am 6. Juli.



Mit diesem Hetzplakat brachten israelische Siedler in der palästinensischen Stadt Hebron erneut die palästinensische Bevölkerung gegen sich auf. Unter dem Schutz des noch in Hebron stationierten israelischen Militärs brachten sie das Pamphlet an mehreren Läden öffentlich an. Das israelische Militär schoß dann weisungsgemäß auf protestierende palästinensische Jugendliche mit Gummigeschossen, z.T. auch mit scharfer Munition. Zahlreiche Schwerverletzte auf palästinensischer Seite waren die Folge. Die furchtbare Tradition, Menschen als Tiere zu verleumdern, hat offenbar unter israelischen Siedlern auf der Westbank Anhänger. rül

Spanien: Linken Parteien treffen sich in Madrid

In Spaniens Hauptstadt trafen sich am letzten Wochenende VertreterInnen von 18 europäischen Linksparteien, darunter die Vereinigte Linke Spaniens (IU) die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF), Rifondazione Comunista aus Italien. Anlaß für das Treffen war der NATO-Sondergipfel, der am 8. und 9. Juli in Madrid stattfand. Die VertreterInnen der Linken Parteien machten auf dem Treffen klar, das sie gegen eine Ausweitung der NATO nach Osten sind, weil sie eine weitere Spaltung des Kontinents befürchten. Gegen die NATO-Osterweiterung demonstrierten dann die Teilnehmer des Treffens mit einer Kundgebung am Samstag in Madrid.

„Neue Linke“ in der IU bestraft

Der Bundesrat der spanischen „Vereinigten Linken“ (IU) beschloß am 28.6. mit 108 gegen 61 Stimmen (bei 11 Enthaltungen), die 5 Hauptdirigenten der „Neuen Linken“ („Nueva Izquierda“) von der Exekutive auszuschließen und ihren drei Abgeordneten alle Verantwortlichkeit in der parlamentarischen Gruppe zu entziehen, wenn sie nicht auf ihre Sitze verzichten. Begründet wurde die Resolution mit dem Verlust des Vertrauens in die Leiter der „Neuen Linken“, nachdem die sich geweigert hatten, Mehrheitsbeschlüsse mitzutragen wie die Ablehnung der spanischen Arbeitsreform, die die Unternehmer mit den Vertretern der großen Gewerkschaften (UGT und CCOO) ausgehandelt hatten. Die Mehrheit der „Vereinigten Linken“ verurteilt die spanische Arbeitsreform als Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmer, wie dies auch etwa die beiden baskischen Gewerkschaften ELA und LAB tun. So werde es den Unternehmern

deutlich erleichtert, Entlassungen vorzunehmen. Der Koordinator der „Vereinigten Linken“, Julio Anguita, faßte sein Verständnis des Bündnisses wie folgt zusammen: „Wenn die Mehrheit etwas gutheißt, ist es das Gesetz der „Vereinigten Linken“.“ Die Vorsitzende der „Neuen Linken“, Cristina Almeida, meinte, es sei zugunsten der Zerstörung des politischen Projekts „Vereinigte Linke“ abgestimmt worden, und kündigte an, die „Neue Linke“ werde auf ihre Parlamentssitze nicht verzichten. M. Ostrowski

Spanien: Felipe Gonzales erneut wegen GAL-Affäre belastet

Der Ex-Sekretär der spanischen Sozialisten von Bizkaia, Ricardo Garcia Damborenea, bekräftigte gestern vor Gericht, daß die geheime staatliche „Antiterror“-einheiten GAL eine Initiative des damaligen Präsidenten Felipe Gonzalez waren. Ricardo Garcia Damborenea sagte etwa eine Stunde als Zeuge vor dem Nationalgericht aus, wo in der „Voruntersuchung Onederra“ die ersten Aktivitäten der GAL behandelt werden. Der Ex-Sekretär der PSOE von Bizkaia wiederholte seine vorausgegangenen Aussagen, daß die GAL eine Initiative der spanischen Regierung waren, an deren Spitze ein Präsident stand, der diese Initiative anregte und deckte. (Quelle: Egin 25.6., M. Ostrowski)

Toni Negri kehrt zurück – verhaftet

Toni Negri, einer der Gründer von potere operaio, Militanter und Theoretiker der autonomia, vom italienischen Staat wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, Verschwörung gegen den Staat und ähnlicher Vorwürfe zu 13 Jahren und 11 Monaten Knast verurteilt, ist nach fünfzehn Jahren Exil in Frankreich am 1. Juli nach Italien zurückgekehrt und auf

italienischem Boden sofort verhaftet worden. Negri ging diesen Schritt, um eine politische Lösung auch für andere Militante in den italienischen Knästen wie im Exil zu forcieren. „Wir sind besiegt, doch wir sind nicht die Verbrecher und erst recht nicht die reuigen Verbrecher, als die uns der Staat gern hätte“, sagt er in einem Interview.

Kolumbien: Geheimabkommen zwischen Militärs und Ölmultis

(Santafé de Bogota, 26. Juni, pulsar-Poonal).– Nach Informationen von Human Rights Watch haben die Ölgesellschaften Shell (Niederlande) und Occidental Petroleum (USA) ein Abkommen mit den kolumbianischen Streitkräften für die Gründung paramilitärischer Gruppen geschlossen. Demnach wurde im September 1996 in einem Geheimdokument vereinbart, daß die Ölmultis pro Jahr etwa zwei Millionen Dollar an die kolumbianische Armee zahlen wird. Als Gegenleistung sollen die offiziellen Streitkräfte paramilitärische Kräfte bereitstellen, die die Einrichtungen der Gesellschaften schützen. Shell geht es besonders um den Schutz seiner Ölfelder von Cano-Limon, die zu den ergiebigsten in Kolumbien gehören. Ein ähnliches Abkommen soll es zuvor bereits zwischen British Petroleum und den Streitkräften in der Provinz Casanare gegeben haben.

Kuba-Dominikanische Republik: Ende der Eiszeit

(Havanna, 30. Juni, pulsar-Poonal).– Die diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und der Dominikanischen Republik normalisieren sich. Die beiden Karibikländer vereinbarten die Eröffnung von Konsulaten in der jeweils anderen Nation. Seit die Dominikanische Republik 1959 mit dem Rückzug ihres Botschafters wenige Monaten nach der Machtübernahme von Fidel Castro den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeiführte, waren die Kontakte zwischen beiden Ländern auf ein Minimum reduziert. Jetzt dankte die stellvertretende kubanische Außenministerin, Isabel Allende, ausdrücklich für die dominikanische Verurteilung des US-Embargos und die Bereitschaft der Republik, Kuba als Mitglied der Vereinigung der Karibikstaaten zu integrieren. Beide Seiten unterzeichneten auch ein Dokument, das erste Schritte für die Regelung der Migration von KubanerInnen in die Dominikanische Republik vorsieht. Die illegale Auswanderung dorthin hat sich seit der 1990 beginnenden Wirtschaftskrise auf Kuba erhöht. Die dominikanische Vizeaußenministerin Minou Tavarez Mirabal erklärte, die Regierung von Präsident Leonel Fernández wolle verhindern, daß die Dominikanische Republik zu einem Durchgangsland für kubanische AuswandererInnen in Richtung USA werde. (Zusammenstellung: hav)

Kieler Woche 97 – Polizei vertreibt Straßenkünstler und -händler

KIEL. Mit einer Flugblatt- und Unterschriften-Aktion protestierten die „organisierte Künstlerbande“ und die „Vereinigung Betroffener und BesucherInnen der Kieler Woche“ gegen mittelalterlichen Zustände: KünstlerInnen und StraßenhändlerInnen wurden von der Kriminalpolizei vertrieben, teilweise mit Geldstrafe belegt (500 DM), Waren mindestens in zwei Fällen beschlagnahmt. 400 Einsätze gegen sog. Schwarzhändler gab es laut Polizei (KN, 25.6.). Einige Male wurde ein Stadtverbot ausgesprochen.

Zuerst wurden samstags die AfrikanerInnen vertrieben. Presseamtsleiter Gerd Müller (Kieler Woche Büro) behauptet, daß der Verkauf von Sachartikeln nur auf dem sog. „Internationalen Markt“ erlaubt sei. Bei den Länder-Buden vor dem Rathaus ist aber zu bemerken, daß überwiegend Deutsche dort verkaufen, ausländische Menschen werden – dem internationalen Charakter der Kieler Woche zum Hohn – als „organisierte kriminelle Banden“ hingestellt. Dies nur, weil sie es sich nicht leisten können, für einen kleinen Bauchladen 5.000 DM bis 10.000 DM (Miete für eine Woche/laut einiger Marktbuden) für einen Standplatz zu zahlen. 1996 gab es die Regel, daß 100 DM pro qm für Standflächen von „fliegenden HändlerInnen“ gezahlt werden konnten.

Die Initiativen fordern: „Straße frei für mehr Kultur – Heraus mit den beschlagnahmten Bildern!“ Sie begrüßen die Initiative einiger Stadtteile, zur Kieler Woche offene Stadtteilstellen zu organisieren. *CL-Netz, Archivgruppe Kiel*

Faschistischer „Ruhrkampftag“ fiel kläglich ins Wasser

DORSTEN. Für Samstag, 28. Juni, hatte der Landesverband NRW der Jungen Nationaldemokraten (JN) eine Demonstration in Dorsten angemeldet. „Ruhrkampftag – Kohle und Stahl nur mit uns! Jetzt Widerstand leisten gegen die soziale Verelendung des deutschen Volkes“ ... So lauten einige Zeilen des Kauderwelsches, das der NPD-Parteivorstand als Aufruf verbreitete. Wie andere Rechte setzen NPD und JN auf soziale Demagogie gegen alles „Nicht-Deutsche“. Der Aufmarsch wurde vom Polizeipräsidenten des Kreises Recklinghausen verboten. Er begründete das Verbot mit der Rolle der JN: Sie ist zu einem „Auffangbecken“ für Mitglieder verbotener neofaschistischer Organisationen wie FAP, DA und NF geworden, die inzwischen den Ton angeben. Die Veranstalter hatten zwar angekündigt, alle Rechtsmittel gegen das Verbot auszuschöpfen. Das „Dortmunder Info-Telefon“ sagte den Aufmarsch am Tag vorher jedoch ziemlich kleinlaut ab. In Dorsten marschierte am Samstag lediglich die Polizei auf, gleichzeitig waren rund 150 Antifaschi-



Rund 300 AntifaschistInnen demonstrierten am 28. Juni in Lüdenscheid gegen den Donner-Verband, der seit sieben Jahren bundesweit faschistische Schriften vertreibt. Aufgerufen hatten das Lüdenscheider „Bündnis gegen Rechts“ und andere Organisationen. Trotz massiver Polizeikräfte verlief die Demonstration friedlich. Die Veranstalter werteten sie als Erfolg, auch wenn weniger kamen als erwartet.

sten da. Doch auch wenn sich NPD und JN nicht blicken ließen: Sie fühlen sich im Aufwind, nicht zuletzt durch eine rassistische, immer unmenschlichere Ausländer- und Asylpolitik insbesondere des Bundesinnenministeriums. Und sie wollen provozieren. Um so wichtiger ist es, die antifaschistische Arbeit wieder stärker zu entwickeln. *wof*

Polizeipräsident soll sich öffentlich bei Kernkraftgegnern entschuldigen

POTSDAM. Eine öffentliche Entschuldigung des Potsdamer Polizeipräsidenten Detlef von Schwerin bei AtomkraftgegnernInnen aus Brandenburg fordern Bündnis 90/Die Grünen. Die Polizei hatte am 1. März diesen Jahres gesetzeswidrig die Daten von etwa 90 DemonstrantInnen gesammelt und gespeichert, die in zwei Bussen auf dem Weg zur Demo in Lüneburg überprüft worden waren. Sowohl der brandenburgische Innenminister als auch der Landesbeauftragte für Datenschutz haben inzwischen bestätigt, daß die Polizei damit gegen das Polizeiaufgabengesetz verstoßen hat. Die Grünen laden außerdem Polizei und Innenministerium zur Demo beim nächsten Castor-Transport ein, um sich selbst vom friedlichen Protest der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu überzeugen. *(Aus PE vom 26.6.97)*

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Rechter Durchmarsch im Internationalen Referat des AStA

ESSEN. Auch das zukünftige autonome „Internationale“ Referat des AStA der Uni GHS Essen wird von türkischen Rechten und Islamisten gebildet. Mit erheblicher, materieller und logistischer Unterstützung durch den in Essen zentralisierten Auslandsapparat des türkischen Staates haben die islamistische

Ausländische Studentenvereinigung (ASV) und die den faschistischen Grauen Wölfen nahestehende „Multi Cultis“-Studentenvereinigung es am 26.6. geschafft, einen großen Teil der türkischen Studierenden auf ihre Seite zu ziehen.

Auch ein schwebendes Verfahren wegen veruntreuter Gelder aus einer Türkeireise und Äußerungen, die die faschistoid-fundamentalistischen Positionen des Personenkreises deutlich machen, haben eine Wiederwahl nicht verhindern können. Der Vorsitzende des ASV, Aydin Öztürk, schürte erneut die jahrhundertalten Verleumdungen gegen die stets demokratisch und laizistisch eingestellte Minderheit der Aleviten. Aus alevitischen Händen könne man keine Speisen zu sich nehmen, verkündete er. Damit beweist er, wie „tolerant“ und „international“ ein türkischer Islamist sein kann.

Während der offizielle und inoffizielle Auslandsdienst des türkischen Staatsapparates sich einerseits rassistischer Stammtischparolen bedient, um die Polarisierung der Gesellschaft für ihre Zwecke zu fördern, benutzt man andererseits auch staats-treue Pseudoalevitin, um die unabhängigen alevitischen Organisationen zu spalten. Dies zeigte sich auch in Essen, als Reval Rozvera öffentlich vor 250 Studierenden seine Kandidatur zurückzog und dazu aufrief, stattdessen den islamisch-fundamentalistischen ASV zu wählen. Rozvera steht im engen Kontakt zu der rechtsextremen pseudoalevitischen Organisation C.E.M. Vakfi. Zu jaulen begannen die Vertreter der ASV und der „Multi Cultis“, als sich die prokurdische Studentenvereinigung Arbeitskreis Kurdistan (AKK) vorstellte.

Nach Erhalt der endgültigen Wahlergebnisse dürfte nun der AStA Essen am Zuge sein. Inwieweit ein demokratischer AStA einem undemokratischen „Internationalen“ Referat seine Unterstützung gewährt, wird zu beobachten sein.

*Informationsbüro
Türkei und Kurdistan*

„Biji Kurdistan!“

Zur Demonstration „Für ein freies und sozialistisches Kurdistan“ rief die PDS in Moosburg am Samstag, den 5. Juli auf. Etwa 60 Deutsche, KurdInnen und TürkInnen vorwiegend aus Niederbayern und München waren dem Aufruf gefolgt. Es war den Schikanen der bayerischen Polizei verschuldet, daß viele EmigrantInnen erst verspätet die Demonstration erreichten. An der Abfahrt der B 11 wurden an einer Selektionsstelle schwarzhaarige Autofahrer von der Polizei gestoppt, festgehalten und kontrolliert.

„Weg mit dem PKK-Verbot“ forderte die Transparente der PDS und der Lands-huter AG International, und „Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf“ war die Losung des Fronttransparentes des RSB. Aus dem Lautsprecherwagen verbanden Redebeiträge die soziale Kahlschlagpolitik der Kohl-Regierung und deren Unterstützung des türkischen Mafia-Regimes. Bei der Losung „Biji Kurdistan“ mußte der Demozug stoppen, da die Polizei erst einen kurdischen Dolmetscher benötigte.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen Claus Schreer vom Münchner Bündnis gegen Rassismus, die PDS Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter und ein kurdischer Genosse.

Alle Redner prangerten die Beihilfe der BRD-Regierung zum Völkermord am kurdischen Volk an, forderten ein Ende der Militärhilfe und die Aufhebung des PKK-Verbots.

Türkische MHP-Faschisten hatten schon in den Tagen vor der Demo die deutschen Veranstalter bedroht und angekündigt, die DemonstrantInnen anzugreifen. Entlang der Demo-Route standen dann auch auffallend viele eindeutig erkennbare „Graue Wölfe“, die Parolen riefen („Ich bin stolz, ein Faschist zu sein!“), die DemonstrantInnen anpöbelten und versuchten, in den Lautsprecherwagen zu spucken.

Auch nach dem Ende der Kundgebung suchten Schlägertrupps von MHPlern die Stadt nach einzelnen Linken ab und beschimpften eine Gruppe abreisender Demonstranten. Sie trauten sich allerdings nicht, diese Gruppe tatsächlich physisch zu attackieren, folgten aber bis zum Bahnhof.

Auch diese kleine Demonstration hat den Wunsch des kurdischen Volkes nach Freiheit und Frieden wieder verdeutlicht. Und die MHP und ihre deutschen Unterstützer wissen nun: auch die bayerische Provinz ist kein ruhiges Hinterland für die Sympathisanten des türkischen Mafia-Regimes! NiB

Terroristisch ist nicht die PKK, sondern der türkische Staat! Keinen Tourismus in die Türkei! Weg mit dem Verbot der PKK! Für eine friedliche, politische Lösung!

Proteste gegen erneute Kriminalisierung von Kurden

Am Samstag, den 6. Juli, wurden die Räume des Vereins für interkulturelle Zusammenarbeit e.V. von Beamten des bayerischen Landeskriminalamtes und der Bereitschaftspolizei durchsucht und mehrere Personen festgenommen. Dagegen protestiert die Informations- und Beratungsstelle für Menschenrechte – MESOPOTAMIA – im Verein für interkulturelle Zusammenarbeit ab dem 9. Juli mit einem befristeten Hungerstreik in der Münchner Innenstadt. Am Samstag, den 12. Juli, soll eine Demonstration stattfinden.

Der Grund für die Razzia war eine Gedenkveranstaltung der Union der Aleviten Kurdistans (FEK) aus Anlaß des Jahrestages des Attentats von Sivas (Türkei), bei dem 1993 35 Intellektuelle und Schriftsteller von islamischen Fundamentalisten ermordet worden waren. Die Polizei sah in diesem Gedenken eine PKK-Veranstaltung und erwirkte beim Kreisverwaltungsreferat ein Verbot. Ähnliche Veranstaltungen zu diesem Datum wurden bereits in der Vergangenheit in München kriminalisiert und zerschlagen. Damit wurde bereits im dritten Jahr das Grundrecht auf Religionsfreiheit und politische Betätigung für ausländische, insbesondere kurdische Menschen außer Kraft gesetzt. So wurde zur Mittagszeit die Landwehrstraße über mehrere Stunden hinweg durch starke Einsatzkräfte militärisch abgeriegelt, systematische Personenkontrollen erfolgten nach rassistischen Kriterien. Es wurden vorwiegend Menschen südländischen Aussehens durch Bereitschaftspolizei und die bayerischen Sondereinheiten des Unterstützungskommandos (USK) aufgehalten. Der Verein wurde durch massenhaf-

te Erteilung von Platzverweisen regelrecht abgesperrt. Dabei galt anscheinend für die Polizei der Grundsatz der Sippenhaft – ein kurdischer Jugendlicher wurde mit der Begründung abgewiesen: „Von Ihrer Familie haben wir schon zu viele da!“

Währenddessen durchsuchten Beamte des bayerischen Landeskriminalamtes und des Staatsschutzes die Vereinsräume, begleitet von dem durch seine rabiate Vorgehensweise – unter anderem beim Weltwirtschaftsgipfel 1992 – berüchtigten USK. Dies geschah ohne Vorlage eines richterlichen Durchsuchungsbefehls. Der Einsatzleiter vom Staatsschutz fiel dabei den Anwesenden durch seinen penetranten Alkoholgeruch auf. Bei dem Einsatz wurden nicht nur wahllos Computeranlagen, Kleidungsstücke und zahlreiche Unterlagen des Vereins beschlagnahmt, sondern es wurde auch Arbeitsmaterial mutwillig zerstört. So wurde ein Stapel Installationsdisketten systematisch zerknickt hinterlassen.

Drei Personen wurden festgenommen – als Begründung mußte unter anderem der Besitz von zwei Büchern des seit Jahren in der Türkei inhaftierten Schriftstellers Ismail Besikci herhalten. Besikci hatte die eigenständige Existenz des kurdischen Volkes soziologisch belegt. Solche Meinungsäußerungen sind also nicht mehr nur in der Türkei, sondern auch in Bayern Anlaß zur Strafverfolgung.

Die Informationsstelle MESOPOTAMIA wehrt sich gegen diesen erneuten Versuch, jegliche Aktivität kurdischer Menschen mit der Keule des PKK-Verbots zu kriminalisieren.

Informationsstelle MESOPOTAMIA

Weiter verboten

Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat das Verbot des deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins Stuttgart bestätigt. Damit wurde die Klage des Vorstands des Vereins auf Aufhebung des Verbots abgewiesen. Gegen diesen Bescheid ist jetzt noch eine Beschwerde möglich. Darüber berät der Vorstand in der nächsten Zeit. Mit seinen Verlautbarungen betet das Gericht die völlig unbewiesenen Äußerungen des baden-württembergischen Innenministeriums in der Verbotsverfügung einfach nach. Dort war weitschweifig die Politik der PKK beurteilt worden. Andererseits wurden seitenweise über Aktivitäten im Verein und über andere Aktivitäten berichtet, die sich mit der La-

ge in Kurdistan auseinandersetzen. Aber einen direkten Zusammenhang zwischen Unterstützung der verbotenen PKK und der Vereinstätigkeit konnte das Innenministerium in keinem Punkt herstellen. Es wurde einfach jede prokurdische Aktivität als Unterstützung der PKK eingeordnet. Wenn dieser Standpunkt jetzt auch noch gerichtlich bestätigt wird, dann heißt das erstmal: für kurdische Menschen in Stuttgart ist jedwede organisierte Form, sich mit der Lage in ihrem Land zu befassen, eigentlich von vornherein verboten, es sei denn, ausdrücklich und von vornherein distanziert man sich von der PKK. Letzteres dürfte auch eines der Hauptziele des Verbots und seiner gerichtlichen Bestätigung sein.

heb



„Ich bin ein Störfall“ – Heraus aus dem Klammergriff der Monopole!

Initiative übernimmt erstmals Stromversorgung

Erstmals in der Bundesrepublik hat eine Bürgerinitiative die Stromversorgung einer Gemeinde übernommen. Das Netz des 2.500-Einwohner-Ortes Schönau bei Freiburg ging am 1. Juli 1997 für zunächst 15 Jahre an die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), die von den „Stromrebell“ aufgebaut wurden.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 hatten die Schönauer „Stromrebell“ den Kampf gegen die Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) aufgenommen. Der Gemeinderat lehnte damals den Übernahmewunsch mit einer Stimme Mehrheit ab. Doch einen anschließenden Bürgerentscheid gewannen die Atomstromgegner. Der Gemeinderat lenkte ein, aber CDU und ein einzelner SPD-Stadtrat erzwangen ihrerseits einen Bürgerentscheid. Auch bei dieser zweiten Volksabstimmung am 10. März gewann die Initiative. Sie gründete die Elektrizitätswerke Schönau GmbH (EWS) und mobilisierte alle Kräfte für die finanzielle Absicherung des Projekts.

Über Beteiligungskonten und den Energiefonds der GLS-Bank Bochum flossen vier Millionen Mark; mehrere Spendenaktionen, zuletzt die bundesweite Kampagne „Ich bin ein Störfall!“, brachten weitere zwei Millionen zusammen. 4.000 bis 5.000 Menschen stellten Geld zur Verfügung.

Am 1. Juli wurde dann der Vertrag mit den über den Verkauf des Leitungsnetzes für zunächst 5,7 Millionen DM unterzeichnete. Die Vereinbarung steht jedoch unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Klärung des Kaufpreises. Die KWR wollten nämlich ursprünglich 8,7 Millionen DM, während ein von der Bürgerinitiative in Auftrag gegebenes Gutachten den Netzpreis auf 3,9 Millionen DM schätzte. Die Frage, ob Stromnetzkaufe eher nach dem Neuwert oder nach dem tatsächlichen Sachzeitwert in Rechnung zu stellen sind, ist über Schönau hinaus von

grundsätzlicher Bedeutung. Mehrere Prozesse sind darüber anhängig. Eine Entscheidung könnte, so die Schönauer, eine Welle von Stromnetzübernahmen auslösen.

Weitere Städte in Schönau Nachbarschaft sind schon aktiv: Lörrach, Weil am Rhein und Waldkirch. In den Verhandlungen mit Waldkirch hat die Badenwerk AG ihre ursprünglichen Vorstellungen von 30 Millionen Mark bereits auf 20 gesenkt, berichtet der Waldkircher Bürgermeister Leibinger (SPD), was der Stadt aber immer noch viel zu teuer sei.

Wirtschaftsminister Döring hat den Schönauern die Genehmigung zur Stromversorgung erteilt. Noch muß man dem Großlieferanten Atomstrom abnehmen. Aber spätestens in 15 Jahren soll sich das grundlegend geändert haben. Während die Konzerne an möglichst hohem Verbrauch interessiert sind und alternative, regenerative Stromgewinnung durch massiven Preisdruck bremsen, wollen die Schönauer den 40prozentige Anteil aus Atomstrom mit Einsparung und alternativen Energiequellen ersetzen. Wer mit Hilfe eines Blockheizkraftwerkes Energie erzeugt, wird künftig einen wesentlich besseren Einspeisungspreis erhalten; statt sieben oder acht, dann 14 bis 15 Pfennig für die Kilowattstunde.

Eine ernsthafte Gefahr droht durch die neue Energierechtsreform. All das, für das engagierte Bürger und Politiker gekämpft haben, wird auf den Kopf gestellt, kritisiert Dr. Michael Sladek von der Schönauer Bewegung.

Rexrodt will die Konzerne stärken, die Netzkäufer dagegen wollen kleinräumig wirtschaften, die Erlöse sollen in der Region bleiben.

Vom 10. bis zum 12. Oktober wird die Netzkauf Schönau ein großes Netzübernahmefest in Schönau durchführen.

Quelle: CL-Netz, SZ 1.7., 4.7., baf

Sozialabbau in Mannheim

Neue Wohnungsprobleme

Einkommensverluste zwingen zum Umzug / Kleinere Wohnungen Mangelware

Der allgemeine Sozialabbau, die steigende Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, führt auch im Wohnungswesen zu drastischen Veränderungen. Wenn Millionen von Familien Einkommeneinbußen von bis zum Teil 50 Prozent haben, dann ist das auch verständlich.

So weist der sogenannte „Blüm-Bericht“ für 1996 nach, daß selbst für noch in Arbeit Stehende 1996 bei 1,8% Bruttolohn- und Gehaltszuwachs und rund 2,5% Teuerungsrate ein bedeutender Nettoeinkommensverlust entstand.

In den baden-württembergischen Großstädten ist allein 1996 die Zahl der Räumungsklagen wegen Mietrückständen stark angestiegen, in Stuttgart allein um 17 Prozent. Und ob in Mannheim das Obdachlosenprogramm weiterhin viele solcher Fälle auffangen bzw. abmildern kann, sei dahingestellt.

Im kürzlich erschienenen Wohnungsbaubericht der Stadtverwaltung wird auf ein weiteres Folgeproblem des allgemeinen Sozialabbaus und der Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Die Zahl der Mieter, die eine billigere Wohnung suchen, ist sehr stark im Wachsen begriffen. Das wiederum führt auch zu einem erneuten Anstieg der „Dringlichkeitsfälle“ Wohnungssuchender, die beim Wohnungssamt anhängig sind. So wurden 1996 in Mannheim 5.900 solcher Fälle bekannt. Aber nur 2.100 solcher Fälle konnten eine neue, billigere Wohnung erhalten; 3.800 blieben auf der Strecke.

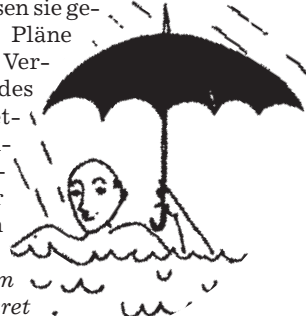
Da das staatliche Wohngeld in den letzten acht Jahren nicht mehr erhöht wurde, verliert es immer mehr seine – ohnehin umstrittene – soziale Funktion.

Es ist nicht so, daß die Bundesregierung diese Entwicklung nicht sehen würde. Aber was sie vorschlägt, ist nicht eine Erhöhung des Wohngeldes, nicht ein Stopp des Sozialabbaus. Sie will durch restriktivere Gesetze und Verordnungen die Dinge in den Griff bekommen – natürlich zu Lasten der Betroffenen.

Eines ist klar: Wenn der Gemeinderat und die Stadtverwaltung ihre Aufgaben gegenüber den Bürgern ernst nehmen, dann müssen sie gegen diese Bonner Pläne zur weiteren Verschlechterung des Wohn- und Mietrechts Sturm laufen. Ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern zwingt sie dazu.

nik/mannheim

konkret



Teuer, unkontrolliert, skandalumwittert

Von Gunter Scholze

Die Riesenverluste der Leipziger Messegesellschaft, eines der Vorzeigeprojekte beim „Aufbau Ost“, gingen kürzlich durch die Fernsehnachrichten. Die Zeitung „Leipzigs Neue“ veröffentlichte interessante Hintergründe – u.a. Geschäftsverbindungen zwischen Messegesellschaft und Firmen aus Hannover. Aus Hannover kam vor Jahren auch Leipzigs OB Lehmann-Grube – zum „Aufbau Ost“. Hier der – aus Platzgründen gekürzte – Bericht.

Als Oberbürgermeister Lehmann-Grube in der Junisitzung des Leipziger Stadtparlaments die Finanzsituation der Leipziger Messegesellschaft darstellte, waren die Stadträte heftig erschüttert, und das fraktionsübergreifend. „Überrascht, schockiert, voller Unmut“ – so schilderten die Sprecher ihre Gemütslage angesichts des Desasters, das den Stadtrat nach monatelangem Ringen um einen Sparhaushalt vor neue Probleme stellt. ... Bis 1999 ergibt sich ein zusätzlicher Finanzbedarf von 340 Millionen DM, der zur Hälfte auf die Stadt zukommt ...

Euphorie ist passé

Wir erinnern uns noch der euphorischen Lobgesänge und überreichlich ausgeteilten Vorschuß-Lorbeeren anlässlich der Messeeröffnung. Ein „Signal für ein einzigartigen Aufschwung in den östlichen Ländern der Bundesrepublik“ sollte die Messe sein, für Kanzler Kohl war sie ein „Leuchtturm“ ...

Dabei wäre bereits vor Eröffnung der Neuen Messe ausreichend Anlaß gewesen, die überschäumende Begeisterung zu dämpfen. Denn da war die Pleite mit dem LOCC, dem „Leipziger Order- und Creativ-Center“ bereits perfekt ... Die LOCC-Investruine ließ ein Bauunternehmer aus Hannover, Herr Dieter Diening, errichten. Kosten: 43 Millionen Mark. Die Messegesellschaft verpflichtete sich, das Objekt komplett bis zum Jahr 2017 für drei Millionen jährlich anzumieten. Wer hat dieses für die Stadt und Messe ungünstige Abkommen eingefädelt? ...

Der clevere Herr Diening wird aufmerksamen Beobachtern der Leipziger Skandalchronik noch aus anderen Zusammenhängen Erinnerung sein. Seine hochentwickelte Beziehungspflege zu Leuten im Leipziger Rathaus zahlte sich für ihn zum Beispiel mit beschleunigten Baugenehmigungen aus. Das ging immer reibungslos, bis auf einen Deal, den der Umwelt-Beigeordnete Holger Tschense für ihn – den Paten seines Sohnes – auf den Weg bringen wollte. Objekt der Begierde war ein Grundstück in der Ratheustraße 54, das der Hannoveraner oh-

ne Ausschreibung, zu einem abgesenkten Pachtzins, erhalten sollte. Die Sache ging schief, offenbar aus Mangel an Professionalität, hatte aber weder für Tschense noch für Diening spürbare Konsequenzen.

Zum Pressegespräch über das Messedesaster hat auch Herr Michael Weber Platz genommen. Herr Weber ist einer der Geschäftsführer der BBVL, der „Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH“.

Bereits bei Gründung dieser Gesellschaft fanden – neben dem Protest des Regierungspräsidiums – die Spitzengehälter der beiden Geschäftsführer von jeweils 230.000 Mark im Jahr erhebliche Beachtung. Lehmann-Grube entgegnete damals seinen Kritikern, daß solche Gehälter für „diese Art von Tätigkeit und bei den gestellten Anforderungen normal“ seien.

Webers Geschäfte

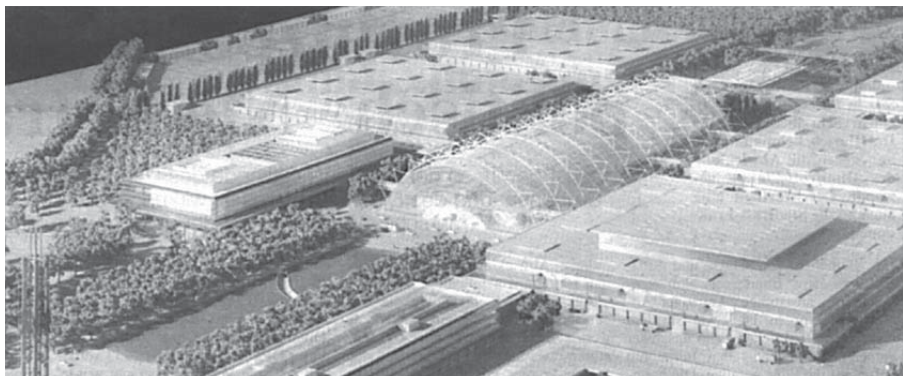
Der Name Weber ist dann noch mit der Leipziger „Immobilien-Affäre“ verbunden. Gegen die Herren Michael Merkel,

der Tatsache, daß die Stadt Leipzig zur Hälfte an diesem Großunternehmen beteiligt ist, muß es freilich verwundern, daß die BBVL hier offenbar nicht wirksam geworden ist. Warum eigentlich? „Das Controlling entspricht den Bedürfnissen der Messegesellschaft“, sagt Frau Wohlfarth. Doch entspricht es auch den Bedürfnissen der Gesellschaft, dem Freistaat und der Stadt? Ist es nicht höchste Zeit, die Messegesellschaft und ihre Ausgründungen genau unter die Lupe zu nehmen? ...

Für wen ist die Messe da?

Der Oberbürgermeister versäumte es nicht, in seinen Ausführungen auf die 4.000 Arbeitsplätze hinzuweisen, die mittelbar in der Region Leipzig mit dem Messengeschäft zusammenhängen. Doch ist es nicht an der Zeit, deutlich zu machen, wer außerdem noch von der Leipziger Neuen Messe profitiert?

Bereits in der Bauphase war sichtbar, daß im Hauptgeschäft an diesem Riesenobjekt nur westdeutsche Firmen als Generalauftragnehmer zu finden waren;



Michael Weber und Jürgen Wasmann war Anfang 1996 der Vorwurf erhoben worden, ihr Normalgehalt durch sogenannte „Insidergeschäfte“ – privater Immobilienhandel ... – aufgebessert zu haben. Auf öffentlichen Druck setzte der OB damals eine Untersuchungskommission unter Vorsitz eines Kirchenmannes gegen seine Berater ein. Die Kommission untersuchte auch, die Veröffentlichung ihres Berichtes wurde jedoch in letzter Minute durch Interventionen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten gestoppt ...

Wer kontrolliert die Messegesellschaft?

Über die Tätigkeit der durch Herrn Weber repräsentierten BBVL lag den Stadträten im Mai ein Bericht vor. Hier sind auf drei Seiten Unternehmen angeführt, für die im Rahmen des „Grundvertrages über Leistungen der Beteiligungsverwaltung“ die BBVL zuständig ist. Darunter auch die Leipziger Messe GmbH mit fünf Beteiligungsgesellschaften. Angesichts

aus dem Osten und speziell aus dem Leipziger Raum waren nur Subunternehmer tätig, denen einige Krümel vom großen Kuchen zufielen. Doch heute ist die Situation nicht viel anders. Zum Beispiel gehen lukrative Aufträge der Messegesellschaft im graphischen Bereich nach England ... Weitere Geschäfte werden mit der Schlütrigen Verlagsgesellschaft Hannover abgewickelt.

Überhaupt ist von Hannover und Hannoveranern sehr oft die Rede, wenn in Leipzig von Geschäften und Pleiten gesprochen wird. So wird die zentrale Werbung der Leipziger Verkehrsbetriebe über die Firma Strothoff aus Hannover abgewickelt. Leipziger Kinowerbung kommt von der Firma Agir aus Hannover. Herr Lehmann-Grube kam aus Hannover, der oben angeführte Herr Diening ist Hannoveraner. Existiert in Leipzig eine Hannover-Connection? Man wird doch mal fragen dürfen! ...

(aus: Leipzigs Neue 13/97, 27. Juni)

PDS-Anträge gegen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

Ende Mai hat die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus acht Anträge eingebracht, in denen sie Bundesratsinitiativen verlangt, um die Diskriminierung von Minderheiten ohne deutschen Paß abzubauen. Hier Auszüge.

1. „Der Senat wird aufgefordert, im Bundesrat eine Initiative zur Änderung des Vereinsgesetzes zu ergreifen. Ziel der Initiative ist es, die §§ 14 und 15 des Vereinsgesetzes (besondere Verbotsklauseln für Ausländervereine) ersatzlos zu streichen.

Begründung: Die §§ 14 und 15 sehen besondere Verbotsmöglichkeiten nur für Vereine nichtdeutscher Bürger/innen bzw. Vereine mit Sitz im Ausland vor. Diese Regelungen gehen weit über die in Art. 9, Absatz 2 normierten Gründe, die ein Verbot von Vereinen rechtfertigen, hinaus. Diese zusätzlichen Verbotsmöglichkeiten stellen eine erhebliche Beschränkung des Grundrechts auf Vereinsfreiheit dar. Die Unterordnung der Vereinsfreiheit unter behördlich weit auslegbare Kriterien wie z.B. die „öffentliche Ordnung“ bzw. „sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik“ beeinträchtigt den Grundgehalt der Vereinsfreiheit als klassisches Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe.

Das normative Ziel, Vereine aufgrund von Verstößen gegen die Strafgesetze, einer gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Tätigkeit zu verbieten, bleibt durch das bereits gegebene Rechtsinstrumentarium gewahrt ...“

2. „Der Senat wird aufgefordert, umgehend eine Bundesratsinitiative zur Einfügung von neuen Diskriminierungsschutzklauseln in das Pflichtversicherungsgesetz und das Versicherungsvertragsgesetz einzubringen.

Dementsprechend soll in § 4 des Gesetzes über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge sowie in § 1 Versicherungsvertragsgesetz jeweils der Zusatz eingefügt werden, daß die Ablehnung eines Versicherungsantrages nicht damit begründet werden darf, daß die Antragsteller/innen Ausländer/innen sind. Gleichfalls muß ausgeschlossen werden, sie einer besonderen Risikogruppe zuzuordnen und deswegen erhöhte Prämien zu verlangen ...“

3. „... soll im 4. Buch des Sozialgesetzbuches (Wählbarkeit für die Gremien der Sozialversicherung) der §§ 51, Abs. 1, Nr. 3 eingefügt werden, daß für die Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung wählbar ist, wer das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag bzw. zum Europ. Parlament innehat oder sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält.



Demonstration am 28.6. in Freiburg nach Brand(anschlag) in Friedrichshafen

Begründung: ... Der bisherige Zustand, daß nichtdeutsche Bürger erst nach 6jährigem Aufenthalt wählbar sind, widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz der Wahl ... Es ist nicht einsehbar, daß die Wählbarkeit der Migranten/innen zu den Selbstverwaltungsgremien der Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung eingeschränkt wird. Als Beitragszahler/innen der Versicherungen sollen Migranten/innen ein unbeschränktes, d.h. gleiches aktives und passives Wahlrecht erhalten.“

4. „... den § 110 der Zivilprozeßordnung (Sicherheitsleistung von Ausländern) ersatzlos zu streichen.

Begründung: Kläger/innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit unterliegen unter bestimmten Bedingungen der Verpflichtung, bei Einreichung einer Klage die Prozeßkosten des deutschen Beklagten vorzustrecken. Unter den Bedingungen der Einwanderungssituation führt diese Rechtsvorschrift zu einer systematischen Ungleichbehandlung nichtdeutscher Bürger/innen und richtet vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen zusätzliche Hürden, ihren Interessen Geltung zu verschaffen ...“

5. „... Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches mit dem Ziel der Schaffung eines wirksamen Diskriminierungsschutzes ... Dementsprechend sind die §§ 611a (Benachteiligungsverbot) und 823 (Schadensersatzpflicht) BGB auf folgende Weise zu ändern :

• Das in § 611a formulierte Benachteiligungsverbot bei der Begründung, Gestaltung und Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ist in seinem Gehalt uneingeschränkt auf Diskriminierungen aufgrund von ethnischer Herkunft und Staatsangehörigkeit auszudehnen ...

• In § 823 ist anzufügen: „Wer andere aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Kultur oder Religion diskriminiert, ist zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“ ...

6. „... Im Beamtenrechtsrahmengesetz ist der § 4 Abs. 1 (allg. persön-

liche Voraussetzungen der Berufung in das Beamtenverhältnis) dahingehend abzuändern, daß nichtdeutsche Bürger/innen, die sich seit 5 Jahren im Bundesgebiet aufhalten, regulär in das Beamtenverhältnis berufen werden können ...

Begründung: Die politische Stabilität des Gemeinwesens ergibt sich nicht aus der nationalen Homogenität des Berufsbeamtentums, sondern aus der demokratischen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen. ... Es gehört im übrigen nicht zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, daß nur deutsche Staatsangehörige Beamte werden dürfen. Diese Regelung ist erst 1938 in die damalige NS-Gesetzgebung aufgenommen worden ...“

7. „... soll § 19 Arbeitsförderungs-gesetz dahingehend geändert werden, daß Ausländer/innen, die sich rechtmäßig oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten, Anspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis haben ...

Begründung: ... Das bestehende Arbeitserlaubnisrecht ... ist eine strukturelle Rahmenbedingung für die hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten/innen. ... Die in § 19 gegebenen Beschränkungen sind auch deswegen abzuschaffen, weil sie die öffentlichen Haushalte (Arbeitslosenversicherung bzw. Sozialhilfe) in doppelter Weise belasten ...“

8. „... sollen die folgenden Gesetze: • die Bundesärzterordnung • das Zahnheilkundengesetz • die Bundesstierärzterordnung • und das Gesetz über das Apothekenwesen dahingehend geändert werden, daß auch nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger, die sich seit 5 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, die Erlaubnis für die Ausübung eines ärztlichen Berufes bzw. die Betreibung einer Apotheke erhalten.

Begründung: Nicht die Staatsangehörigkeit, sondern allein die fachliche und persönliche Eignung soll künftig über die Zulassung zu einem ärztlichen Beruf oder die Erlaubnis, eine Apotheke betreiben zu dürfen, entscheiden ...“

Berlin, den 21.5.97.

Antragsteller: Giyasettin Sayan, Karin Hopfmann, ausländerpolitische Sprecher/in, PDS-Fraktion.

Gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Auf Initiative des Landesfrauenausschusses der Gewerkschaft hbv und des DGB hat sich Ende Juni in Thüringen ein „Frauen Netzwerk“ gegründet. In einem Flugblatt unter dem Titel „Mittendrin ... und trotzdem draußen. Geringfügig Beschäftigte sozialversichern“ schreiben die Gründerinnen:

„Das Thema ‚Ungeschützte Arbeitsverhältnisse‘ muß unbedingt wieder ganz oben auf die Tagesordnung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit gesetzt werden. Allein in Thüringen gibt es nach Schätzungen 140.000 geringfügige Beschäftigungen. Beschäftigte, denen eine Umwandlung ihres Arbeitsplatzes in eine geringfügige Beschäftigung droht, sind aufgefordert, sich über ihre Rechte bei ihrer Gewerkschaft hbv zu informieren. Betriebsräte müssen überzeugt werden, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb einzugrenzen und abzubauen und sozial abgesicherte Teilzeitarbeitsverhältnisse einzufordern. ArbeitnehmerInnen ohne Erwerbsarbeit müssen sensibilisiert werden, statt eines prekären Arbeitsverhältnisses ein Teilzeitarbeitsangebot einzufordern.

Aber wirksam bekämpft werden kann es nur, wenn eine Gesetzesreform alle Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherungssysteme einbezieht und sozialversicherungsfreie Beschäftigungen auf 60 bis 80 DM begrenzt werden. Arbeitsverhältnisse mit niedrigem Stundenvolumen sollen nicht verboten, sondern eine soziale Absicherung durchgesetzt werden. Gemeinsam mit den Frauenverbänden, Kirchen, verschiedenen Parteien, dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften werden Frauenbündnisse geschaffen, um eine Gesetzesänderung zu erzwingen.“

Das Thüringer Frauen Netzwerk will deshalb auch an der bundesweiten Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse teilnehmen und die bundesweite Aktionswoche Anfang Oktober mittragen. Als nächste Aktivitäten sind geplant:

- Erfurter Straßenzeitung des KIK, erste Ausgabe am 30.9.97
- Erarbeitung von Info-Material für Betroffene durch den Arbeitslosenverband, Veröffentlichung in der Presse
- Wanderausstellung mit Fakten, Zahlen und Bildmaterial - DGB Thüringen
- Aktionswoche vom 5. bis 11. Oktober vom TEC zum Thüringen Park, Info-Stände in der ganzen Stadt Erfurt
- Zusammenführung aller Thüringer Aktivitäten.

Das nächste Treffen findet am 25. August, 17 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Erfurt statt.

Kontakt: Frauen Netzwerk Thür. c/o Gewerkschaft hbv, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt

KOMMUNALE POLITIK

GEWERBESTEUER-BEFREIUNG: Uetersen. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs können Konzerne ihre Schulden einzelnen Betriebsstätten mit Gewinn steuermindernd anrechnen lassen. Im Zusammenhang mit der Änderung bei der Gewerbesteuer, wonach Fremdkapital (Schulden) nicht mehr zum Betriebsvermögen gerechnet werden soll, wird dieses Urteil die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen gravierend beeinflussen. So hat der Stora-Konzern (Papierhersteller) mit Sitz in Düsseldorf für seine acht bundesdeutschen Standorte Gewerbesteuerbefreiung beantragt. Für die Kommunen Uetersen und Moorrege bedeutet dies für dieses Jahr Ausfall von 1,5 Mio. DM, für Uetersen bis zu 2,5 Mio. DM Rückzahlungen bis 1994 und bis zum Jahr 2000 keine GewSt.-Zahlungen von Stora.

INVESTITIONSRÜCKGANG: Bonn. Nach Angaben des Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Axel Endlein, stiegen die Ausgaben der Landkreise für Sozial- und Jugendhilfe von 13,8 Mrd. DM im Jahre 1992 auf 19,5 Mrd. DM im laufenden Jahr. Demgegenüber seien die Investitionen in diesem Zeitraum von 7,13 auf 5,45 Mrd. DM zurückgegangen. Er forderte die Umkehr dieser Entwicklung. Notwendig sei dazu die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ohne Kostenverschiebung auf die Sozialhilfe. Bund und Länder dürften Lasten nicht länger auf die kommunale Ebene abschieben. Im Interesse der finanziellen Handlungsfähigkeit der Landkreise meinte er zudem, in die Forderung nach „Überprüfung aller sozialen Leistungen“ einstimmen zu müssen.

KEINE PRIVATISIERUNG! Frankfurt. Noch vor der Kommunalwahl im Frühjahr hatte sich OB Petra Roth (CDU) dafür ausgesprochen, daß die 72,66% Anteile des Bundes an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft, die er verkaufen will, von der Stadt Frankfurt gemeinsam mit dem Land Hessen erworben werden, damit „der Wohnungsbestand (9600 Wohnungen, davon 2.261 in Frankfurt) ... auf Dauer breiten Schichten der Bevölkerung zur Verfügung steht“. Jetzt fordert sie die Zustimmung der SPD zum Verkauf der FSG an einen privaten Investor. Der Verein „Mieter helfen Mietern“ ist über diese Täuschung der Wähler und Mieter empört und fordert, der Magistrat möge sich dem Veto des Landes Hessen gegen den Verkauf der Bundesanteile an einen privaten Investor anschließen, damit die Sperrminorität ausgeübt werden kann.

BETTELN UND ORDNUNG: Freiburg. Seit dem 21.6. gilt für die Innenstadt eine neue „Sicherung der öffentlichen

Ordnung“. Angestoßen vom rechten Mehrheitskartell darf nun keine „Notdurft“ mehr in öffentlichen Anlagen verrichtet, auf Straßen nicht mehr genächtigt, an allen Orten nicht mehr „gebetelt“ und schließlich auch nicht mehr „grob ungehörig“ jemand belästigt oder behindert werden. Polizisten auf Mountainbikes werden schnell zur Stelle sein, um derartiges „asoziales Verhalten“ schärfstens zu ahnden. Innenstadtsäuberungen stehen auf dem Programm der Stadtbilderneuerung ganz oben ...

„VISION 2000“: Elmshorn. Bürgermeisterin Fronzek (SPD) hat sich entschieden, die Armut aus Elmshorns Geschäftswelt wegnüppeln zu lassen. Die Stadt habe handeln müssen, weil alte Menschen angepöbelt, aggressives Betreten um sich gegriffen hätte. Die Wirklichkeit ist anders. IHK, FDP und CDU wollen die „Vision 2000“ umsetzen. In ihren Strategiepapieren haben sie offen gegen alles die Geschäftswelt Störende gehetzt und die Punks mit Müll und Dreck verglichen, den man ordnungspolitisch herauszufegen habe. Der Marktplatz wurde umgestaltet, so daß es keine Sitzmöglichkeiten mehr an der Kirche gibt. Der Wall wurde plattgemacht, so daß die Punks jetzt wie auf einem Präsentierteller ihre Lebensweise zur Schau stellen. Der Konflikt mit den Bürgern war vorprogrammiert. So wurden „Gründe“ für Maßnahmen aufgebaut, die schon seit über einem Jahr von reaktionären Kreisen ausgeheckt wurden.

PUNKS: Augsburg. Die Grüne Stadtratsfraktion hat gegen das Vorgehen der Polizei bei einem Aktionstag der Punks protestiert. Die Jugendlichen sahen sich 100 martialisch ausgestatteten Polizeibeamten gegenüber und wurden durch eine Sperre daran gehindert, in die Innenstadt zu gelangen. Lobenswert dagegen die Initiative eines einzigen Sozialarbeiters, der mit den Jugendlichen geredet habe und sie auch zum Aufsammeln des Mülls bewegen konnte. Anstatt Jugendliche zu vertreiben, komme es darauf an, Probleme zu lösen. Viele Augenzeugen am Bahnhof teilten den Eindruck, daß man so nicht mit den Jugendlichen umgehen könne.

KOMMUNALFEINDLICHE POLITIK: Bonn. Die PDS-Bundestagsgruppe hat eine große Anfrage zur Lage der Kommunen an die Bundesregierung gestellt. Es geht um Hintergründe, Daten und Fakten zu den Gebieten Kommunale Selbstverwaltung, Finanzsituation, Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung, Soziales, Stadtentwicklung, Wohnen, Umwelt, Verkehr, Energie und anderen, auf denen die Gemeinden unter der kommunalfeindlichen Politik der Regierung zu leiden haben.

Zusammenstellung: ulj

ALTERSTEILZEIT:

Am 2. Juli 1997 faßte die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg folgende EntschlieÙung: Die bisherigen Verhandlungen für einen Tarifvertrag zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Altersteilzeit (Tarifvertrag Altersteilzeit) waren erfolglos. Die Arbeitgeber machten die Freiwilligkeit der tarifvertraglichen Regelung zur Vorbedingung für weitere Verhandlungen. Damit verweigern sie sich einer Lösung am Verhandlungstisch. Darüber hinaus sollen die Beschäftigten ihr vorzeitiges Ausscheiden selbst bezahlen. Denn: Der VMI will einen Tarifvertrag nach Gutsherrenart. Der Unternehmer soll im Betrieb alleine bestimmen können, ob der Tarifvertrag angewandt wird, wer in Altersteilzeit gehen darf und zu welchen Bedingungen. Der VMI fordert darüber hinaus zusätzliche Öffnungsklauseln zur weiteren Verschlechterung der tarifvertraglichen Rahmenregelung. Der VMI bietet gerade mal ein Altersteilzeitentgelt von 75 Prozent vom Netto. Weitere Aufstockungen soll es nur dann geben, wenn die Beschäftigten bereit wären, „andere tarifliche oder betriebliche Leistungen“ einzubringen. Der VMI verweigert eine Aufstockung der Rentenbeiträge über die gesetzliche Höhe von 90%. Auch hier soll eine höhere Aufstockung der Rentenbeiträge nur mit „Eigenbeiträgen“ der Beschäftigten erfolgen können. Der VMI weigert sich, bei vorzeitigem Renten-

bezug die Rentenabschläge auszugleichen. „Die Korrektur der Rentenminderung ist nicht Aufgabe der Arbeitgeber“ (VMI-Verhandlungsführer Klaus Fritsche). Der VMI macht zudem einen Tarifvertrag von weiteren Verschlechterungen tarifvertraglicher Regelungen abhängig, wie Aufhebung des Ausgleichszeitraums von Arbeitszeitkonten und befristete Absenkung von Eingangsentgelten. Bei diesen Vorstellungen der Arbeitgeber wird klar: Eine tarifliche Altersteilzeit kann ohne Druck in den Betrieben auf dem Verhandlungswege nicht durchgesetzt werden. Wir müssen dafür kämpfen! Die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg beantragt daher beim Vorstand der IG Metall das Scheitern der Verhandlungen. Wir wollen einen verbindlichen Tarifvertrag mit abgesicherten Ansprüchen auf Altersteilzeit für 5 Prozent einer Belegschaft. Die Beschäftigten dürfen nicht der Gnade der Unternehmer ausgesetzt sein. Wir wollen Mindestbedingungen für die Altersteilzeit, die nicht unterschritten werden dürfen. Wir fordern ein Altersteilzeitentgelt von 85 Prozent vom Netto. Bei einem Teilzeiteinkommen von 50 Prozent zahlt die Bundesanstalt für Arbeit bei Neueinstellungen auf 70 Prozent auf. Den Rest trägt der Arbeitgeber. Wir wollen keine Verluste bei der Rente und fordern eine Aufstockung der Rentenbeiträge auf 100 Prozent. Weitere Eigenbeteiligungen der Beschäftigten an der gesetzli-

chen Rente sind nicht zumutbar. Die Beitragssätze sind schon jetzt zu hoch bei gleichzeitig sinkenden Ansprüchen durch die Rentenreform der CDU/FDP-Bundesregierung. Unser Modell der tariflichen Altersteilzeit ist für die Unternehmen finanzierbar, sichert den Beschäftigten ihre Rente, ermöglicht einen Ruhestand in Würde und schafft Zukunft für die jüngere Generation. Die Unternehmer in den Betrieben müssen jetzt Farbe bekennen! Alle Vorbereitungen sind zu treffen, um diesen Tarifvertrag, wenn notwendig, auch kampfmäßig durchzusetzen!

MCDONALD'S AKTION DER NGG: Hamburger machen nicht satt!! Gegen Niedrigstlöhne und Sozialdumping! Aufruf zum Besuch des Arbeitgeberverbandes in Wiesbaden, so ist ein Aufruf der NGG Frankfurt für den 9. Juli überschrieben. Weiter heißt es: „McDonald's ist einfach guuuut ...“ – so heißt es einfühlend in der Werbung. Fragt sich bloß, für wen! Für die Beschäftigten in den Schnellimbiss-Restaurants wie Burger King, Pizza Hut und McDonald's gilt dies jedenfalls nicht. Sie sind den ganzen Tag auf Achse, hetzen sich ab und verdienen Gehälter wie in anderen Branchen vor zwanzig Jahren. Nicht selten gehen sie mit weniger als monatlich 1.500 DM netto nach Hause. Kein Wunder, daß manches Lächeln hinter der Theke künstlich aussieht und keine wirkliche Arbeitsfreude widerspiegelt. Doch wenn es nach dem Bundesverband der

Systemgastronomie (BdS) mit Sitz in Wiesbaden geht, dann sollen die Beschäftigten • eine Gehaltserhöhung von nur 1,2 % erhalten, • die Einstiegslohne noch weiter gesenkt, sowie • eine Reihe manteltarifvertraglicher Leistungen verschlechtert werden. Die Interessenvertretung der Schnellimbiss-Restaurants nutzt dabei den Druck der Massenarbeitslosigkeit, um den Verhandlungspartner der Beschäftigten, die Gewerkschaft NGG, unter Druck zu setzen. Mehrere Gespräche verliefen ergebnislos, weil der BdS bockbeinig auf seinen ungerechten Forderungen beharrte. Demgegenüber will die NGG weder Billiglöhne noch Sozialdumping in der Gastronomie hoffähig werden lassen. Denn das erhöht nicht nur die Konkurrenz unter den Beschäftigten und spielt sie gegeneinander aus, sondern bringt machen Arbeitnehmer an den Rand der eigenen Existenz. Dieses Treiben des BdS und seiner Mitgliedsfirmen – allen voran des „einfach guuuuten McDonald's“ – darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Deshalb ruft die Gewerkschaft NGG auf, dem Geschäftsführer des BdS, Thomas Heyll, in seiner Residenz einen eindringlichen Besuch abzustatten. Deshalb treffen sich alle Interessierten und Betroffenen zur Demo und Kundgebung.

OSTGESCHÄFTE: Mit drastischen Vorwürfen reagierte der bulgarische Zeitungsverband auf die Übernahme zweier Verlage durch den Essener WAZ-Konzern. Der Verband wirft dem Verlag vor, die Konkurrenz an die Wand zu drücken und Einfluß auf die Politik des Landes nehmen zu wollen. Die WAZ hatte im September 1996 die Verlagsgruppe „168 Tschas“ („168 Stunden“) erworben und im Februar den zweitgrößten Zeitungsverlag, „Trud“ („Arbeit“). Damit verfügt die WAZ über 70 % der verkauften Auflage des bulgarischen Zeitungsmarktes. Ein Sprecher der WAZ wies die Vorwürfe zurück. Die WAZ habe die beiden Zeitungshäuser lediglich von „Lobby-Interessen“ befreit. Die bulgarische Wettbewerbsbehörde prüft, ob sie einschreiten soll.

Zusammenstellung: alk



In verschiedenen Bundesländern halten die Feuerwehrproteste an: In Berlin fand am 26. Juni fand eine Kundgebung und Demonstration der Beschäftigten der Feuerwehr statt. Hintergrund sind die von der Bundesregierung geplante Anhebung der Altersgrenze (von 60 auf 61 Jahre) als auch die in den letzten Jahren ständig und erheblich gestiegenen Belastungen im Einsatzdienst, die durch Stellenstreichungen noch dramatischer werden. Nach einer außerordentlichen Personalversammlung in der Fahrzeughalle der Feuerwache Mitte zogen am morgen ca. 1.500 Feuerwehrleute zur Senatsverwaltung für Inneres.

Seit dem 30. Juni streiken Bauarbeiter

Weil sich die „Fachgemeinschaft Bau“ – ein neuer Verband von Baubetrieben, der aus dem Baukapitalistenverband ausgeschert ist und in Berlin und Brandenburg einen besonders billigen Lohntarif durchsetzen will – hartnäckig weigert, die bundesweit vereinbarten Bauarbeitertarife inklusive Schlechtwettergeld und Lohnfortzahlung zu übernehmen, traten am 30. Juni mehrere hundert Berliner Bauarbeiter auf 40 Baustellen in den Streik.

Am Donnerstag, den 3. Juli, waren bereits 1.000 IG-Bau-Mitglieder aus 28 Berliner Baubetrieben im Streik. Sprecher der IG Bau kündigten an: „Wir haben einen sehr, sehr langen Atem!“

Vorausgegangen waren ergebnislose Verhandlungen der IG BAU mit der „Fachgemeinschaft“ am 17. Juni, bei denen 3.500 Berliner Bauarbeiter ihre Unterstützung für die Forderungen ihrer Gewerkschaft auf Übernahme des Bundestarifs mit einer Protestkundgebung auf dem Potsdamer Platz unterstrichen. Die Fachgemeinschaft Bau, die vor kurzem aus dem bundesweiten Arbeitgeberverband ausgetreten war, weigert sich hartnäckig, den von der IG Bau ausgehandelten bundesweiten Bautarifvertrag anzuerkennen. Sie will weder 100% Lohnfortzahlung zahlen, noch ein 13. Monatsgehalt, noch die neue Winterregelung anerkennen. Außerdem verlangt sie, die Berliner Bautarife auf das (niedrigere) Lohnniveau in Brandenburg zu senken sowie zusätzliche „Öffnungsklauseln“ im Tarif einzuführen.

Die IG Bau rief daraufhin die Urabstimmung in den Berliner Betrieben aus. Mit 89,3 Prozent Zustimmung für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung des bundesweiten Tarifs fiel das Ergebnis deutlich aus. Trotzdem bewegte sich die Fachgemeinschaft Bau keinen Millimeter, statt dessen versuchte sie sogar, mit Klagen und Anträgen auf einstweilige Verfügungen die Streikvorbereitungen und Proteste der Bauarbeiterverbieten zu lassen. „Ja, wir werden den Flächentarifvertrag zerstören. Das hat Signalwirkung für die gesamte Bundesrepublik“, hatte am 18. Juni der Präsident der Fachgemeinschaft, Dr. Freymuth, gegenüber Journalisten getönt.

„Bis jetzt haben wir von der Fachgemeinschaft Bau nur Unverschämtheiten gehört“, so IG Bau-Sprecher Holger Bartels am 30. Juni auf die Frage, ob es auf den Beginn der Streiks schon irgendwelche Reaktionen der „Fachgemeinschaft Bau“ gebe. Am Montag mittag (30. Juni) hatten sich im Streikzelt sofort ca. 600 streikende Kolleginnen und Kollegen aus 17 Betrieben registrieren lassen.

Für rund 40.000 Baubeschäftigte in Berlin und Brandenburg gelten übrigens



Inzwischen (am 8. Juli) sind 1200 Bauarbeiter in Berlin im Streik, eine weitere Ausdehnung des Arbeitskampfes durch die IG BAU ist angekündigt.

die Bautarife bereits, weil sie in Betrieben arbeiten, die dem Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V. angehören, der den bundesweiten Tarif im Juni unterzeichnet hatte. Lediglich für die 9.000 Beschäftigten der Betriebe, die der „Fachgemeinschaft Bau“ angehören, gilt der Tarif noch nicht. Eventuell parallel zu dem Streik in Berlin und Bran-

denburg beginnen am 9. Juli die Verhandlungen über die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in den neuen Bundesländern in Dresden. Auch hier steht der Gewerkschaft ein harter Konflikt bevor. „Ein weiteres Abkoppeln der Tarifgebiete ‚neue Länder‘ kann für die IG Bau nicht in Frage kommen“, so die IG BAU. rül

Hamburg Hafen: Gegen Tarifbruch und Billiglohnarbeit (II)

Lohnforderungen durchgesetzt

Die Firma Carl Tiedemann (CT), die größte Stauerei im Hamburger Hafen, war mit Wirkung vom 1.1.1997 aus dem Unternehmensverband Hafen Hamburg ausgetreten. Erklärtes Ziel war es, den mit der ÖTV abgeschlossenen Tarifen auszuweichen. Insbesondere wollte CT neue Einstiegslohngruppen und eine Senkung der Zahlungen für sogenannte unproduktive Zeiten wie Freischichten, Urlaub und Arbeitsunfähigkeit erreichen. Die Kollegen der Firma CT sind zu etwa 80% in der ÖTV organisiert. In Verhandlungen versuchte die ÖTV, einen Haustarifvertrag abzuschließen, in dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen in gleicher Weise festgelegt werden wie für die übrigen Hafenarbeiter. Nach sieben Verhandlungsrunden wurde von der ÖTV das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Es bestand keinerlei Aussicht auf eine Einigung in freien Verhandlungen. Grund für eine besondere Verärgerung unter den Kollegen war die Nichtübernahme der im Flächentarifvertrag für die deutschen Seehäfen ausgehandelten Lohnerhöhung von 1,5%

ab 1.4.1997 und weiteren 1,8% ab 1.4.1998 jeweils für zwölf Monate.

In einer Urabstimmung, die am 18.6. und 19.6.1997 durchgeführt wurde, sprachen sich 89,6% der organisierten Beschäftigten von CT für einen Streik zur Durchsetzung der Lohnforderungen aus und auch dafür, daß keinerlei Koppelgeschäfte eingegangen werden. Die Firma CT hatte sich nämlich den Trick einfallen lassen, eine Lohnerhöhung von 2,5% ab 1.4.97 und weiteren 2,2% ab 1.4.98 anzubieten. Im Gegenzug sollten die Hafenarbeiter aber zu Verschlechterungen bei den Rahmenbedingungen bereit sein. Die geplante Absenkung der Lohngruppen sollte aber nur neueingestellte Hafenarbeiter treffen, während für die alten Bestandsschutz gelten sollte.

Aber dieses Spaltungsmanöver mißlang kräftig. Obwohl die Geschäftsleitung in einem persönlichen Brief an alle Mitarbeiter sogar mit Arbeitsplatzverlust gedroht hatte, beteiligten sich 160 Kollegen an der Urabstimmung, und nur 12 stimmten gegen Streik. Nach der Ur-

abstimmung informierte die ÖTV sofort die Geschäftsleitung von CT über die Absicht, den Streik zu beginnen. In der laufenden Woche hatten verschiedene Belegschaften im Hamburger Hafen ihre Solidarität erklärt. So hatten zum Beispiel auf den Betriebsversammlungen beim Gesamthafenbetrieb alle anwesenden Kollegen in einer Abstimmung erklärt, daß sie sich nicht für Streikbrecherarbeiten hergeben werden. Bei dem Containerterminal Eurokai hatten sich die Kollegen in einer Pausenversammlung mit den Kollegen von CT solidarisch erklärt. Für das erste Wochenende nach der Urabstimmung hatten viele Kollegen Zusatzschichten und Überstunden abgelehnt. Noch ehe der Streik begann, wurden Abfertigungsschwierigkeiten sichtbar. Andere nicht unmittelbar betroffene Hafenbetriebe fürchteten um den Ruf des Hamburger Hafens. Die Pressemeldungen über den beginnenden Streik waren schon abgesetzt, als die Geschäftsleitung von CT der ÖTV in einem Fax zusicherte, daß sie auf die Lohnforderungen der ÖTV in vollem Umfang eingehen und auch ihre Forderungen auf Verschlechterung der Rahmenbedingungen zurücknehmen wird. Daraufhin wurde von der ÖTV der Streik abgesetzt. Im Hamburger Hafen wurde damit der Beweis angetreten, daß die Hafenarbeiter zusammen mit ihrer Gewerkschaft nach wie vor durchsetzungsfähig sind. Wegen der Niederlage in der Schlepperauseinandersetzung war es im Arbeitgeberlager wohl zu der Auffassung gekommen, daß man mal sehen muß, ob die ÖTV überhaupt noch zu einem Arbeitskampf in der Lage ist. Diese Frage ist jetzt beantwortet. Die Streikvorbereitungen haben für die kommenden Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung die Bedingungen erheblich verbessert.

obj

Wachdienste, Reinigungskräfte, Groß- und Außenhandel

Tarifkonflikte spitzen sich zu

Aus Essen wird berichtet: in mehreren Branchen, die zum boomenden Dienstleistungsbereich mit Niedrigstlöhnen gerechnet werden, finden heftige Arbeitskämpfe statt.

Dazu gehören die Wachdienste, wo die Wachunternehmen die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verweigern, die Einführung von „Einstiegslohnen“ von unter 11 DM/Stunde, Kürzungen beim Urlaub, und die Streichung von Überstundenzuschlägen durchsetzen wollen. Zu dieser von der ÖTV betreuten Branche zählen in Essen allein rund 4.000 Beschäftigte.

Dazu gehört auch das Gebäudereinigerhandwerk, also die „Putzfrauen“, in dem die IG BAU im Bezirk Nordrhein gerade ein Urabstimmungsergebnis von



Warnstreik bei der Firma Essilor-Ehinger, einem Großhandelsbetrieb in Freiburg. Die Gewerkschaft HBV konnte mit dieser und anderen Aktionen in Baden-Württemberg einen Tarifabschluß durchsetzen, der wichtige gewerkschaftliche Ziele sichert: Der Samstag bleibt Ausnahmearbeitstag. Die Lohnfortzahlung ist weitgehend gesichert (Überstundenzuschläge fließen nicht in die Berechnung ein). Die flexiblen Arbeitszeiten müssen im Halbjahr durchschnittlich 38,5 Stunden in der Woche ergeben, maximal 35 Überstunden sind zulässig; die Betriebsräte bestimmen über die Regelungen im einzelnen. Die Lohnerhöhung beträgt 1,5% für 12 Monate. (nach an/az, Freiburg)

99,09% für Streik erzielte – bei rund 1.800 Gewerkschaftsmitgliedern, die sich an der Urabstimmung beteiligten. In Essen stimmten 95% der Arbeiter/innen der Firma Piepenbrock im Marienhospital, im Schulzentrum Stoppenberg und einem weiteren Objekt für Streik. Dietmar Schäfers, Geschäftsführer der IG BAU: „Die durchgeführten Urabstimmungen sind ein deutliches Signal dafür, daß die Kolleginnen mächtig sauer sind. Bei einem Stundenlohn von 13,90 DM brutto wird die Akkordleistung der Gebäudereiniger/innen nicht gerecht entlohnt.“

Und auch im Groß- und Außenhandel von NRW, für den die Tarifgespräche am 26.6. erneut gescheitert sind, spitzt sich die Lage weiter zu. Die Gewerkschaft HBV hat den Betrieben ein Ultimatum gestellt: Wer bis zum 2.7. den Entwurf eines Haustarifvertrages unterzeichnet, wird von Streikmaßnahmen ausgenommen. Die anderen Betriebe müssen mit weiteren Streiks rechnen. Ziel der Gewerkschaft ist es, die Haustarife in einen Flächentarifvertrag zu überführen.

Diese Arbeitskämpfe sind nicht leicht. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist meist ziemlich niedrig. Um so mehr verdienen sie Unterstützung.

wof

Banken machen Druck

Telefonverkauf an Sonntagen ist illegal!

In allen Sparten des Dienstleistungsgewerbes werden zunehmend Telefon-Hotlines eingerichtet, worüber Beratung und/oder Verkauf an allen Tagen der Woche – im Extremfall rund um die Uhr – möglich ist. Das Bankgeschäft, dessen Inhalt der Kredit sowie die Übertragung und Verwaltung von Eigentumstiteln an Waren (Zahlungsverkehr) oder Kapital (Wertpapiere) ist, und das mithin wesentlich mit der Verarbeitung von Informationen beschäftigt ist, ist besonders gut für das Medium Telefon oder E-mail geeignet. Seitdem die Telekom – aus Steuermitteln – die ganze BRD verkabelt hat, sprießen die Direktbanken aus dem Boden.

Nachdem erst die Aufsichtsbehörden in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Durchführung des Geschäftsverkehrs von Direktbanken an Sonn- und Feiertagen genehmigt hatten, gab auch die zuständige Behörde in Frankfurt, das Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, dem entsprechenden Antrag der Frankfurter Sparkasse statt. Kein Zufall, daß es sich jeweils um sozialdemokratische oder sozialdemokratisch dominierte Landesregierungen handelt, denen das Argument Standort- und Arbeitsplatzsicherung schnell den Geist vernebelt. Denn: die Folge der Einrichtung des Telefongeschäftes ist schlicht die Abschaffung der entsprechenden Beratungs- und Verkaufsarbeitsplätze im unmittelbaren Kundenverkehr, d.h. die Verkleinerung der Belegschaften in den Bankfilialen bis hin zu deren Schließung.

Nun ist die grundgesetzlich geschützte Sonn- und Feiertagsruhe durch das Arbeitszeitgesetz bereits vielfach durchlöchert. Neben den Aktivitäten, über deren Notwendigkeit an Sonn- und Feiertagen ein breiter gesellschaftlicher Konsens vorhanden ist, wurde auf Druck der Bankenverbände in das Arbeitszeitgesetz die „Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Datennetzen und Rechnersystemen“ (§ 10 (1) 14.) von der CDU-/FDP-Bundestagsmehrheit als zulässige Ausnahme ins Gesetz aufgenommen. Für die Benutzung dieser Netze für den Geschäftsverkehr liegt jedoch keine Ausnahmeregelung vor. Telefonverkauf am Sonntag ist offensichtlich kein Notfall (§ 14 (1)), auch kein besonderer Fall, der einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich macht (§ 13 (2) 2.a). Weder chemische, biologische, technische noch physikalische Gründe erfordern einen Fortgang des Bankgeschäfts am Sonntag (§ 13 (4)). Auch die üble Konkurrenzklausel (längere Betriebszeiten im Ausland, § 13 (5)), mit der Pirelli im Odenwald die Reifenproduktion genehmigt wurde – kurz darauf schloß das bayerische Schwesternetz wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit –, kann nicht herangezogen werden, da der Bankkunde derzeit noch schwerlich seine Bankverbindung ins Ausland verlegen wird.

Eine Rechtsverordnung der Bundes-

oder Landesregierung nach § 13 (1) a) liegt nicht vor. Danach könnte zur Befriedigung täglicher Bedürfnisse der Bevölkerung an diesen Tagen gearbeitet werden. Vor Einführung einer solchen Rechtsverordnung müßten aber die gesellschaftlichen Gruppen und damit auch die Gewerkschaften gehört werden. Diese Diskussion wäre in Bezug auf Bankdienstleistungen sicher spannend, da man Geld im Unterschied zu Brötchen nicht essen kann, und Zahlungsaufträge an Samstagen, Sonn- und Feiertagen wertmäßig erst am folgenden Werktag ausgeführt werden können, denn nur dann sind die Landeszentralbanken geöffnet.

Was tun also die Gewerbeaufsichtsämter bzw. das Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik in Hessen? Sie genehmigen die Arbeiten, weil sie „im öffentlichen Interesse dringend nötig“ wären (§15 (2)).

Beamte des Frankfurter Amtes für Arbeitsschutz geben bei Nachfragen zu, daß sie sich dabei äußerst unwohl fühlen, weil das öffentliche Interesse sicher nicht identisch ist mit dem Interesse der Banken. Nachdem aber Niedersachsen und NRW die illegale Genehmigungspraxis eingeführt hätten, bedrohten die Banken das Frankfurter Amt mit weiteren Gründungen in diesen Bundesländern.

Wenn diese illegale Genehmigungspraxis nicht durch Gerichte und Parlamente gestoppt wird, wird die Existenz des Dienstleistungsangebots an Sonn- und Feiertagen verbunden mit der Ausdünnung der Bankzweigstellen an Werktagen ein tägliches Bedürfnis der Bevölkerung hervorrufen. Dann wird eine spätere Legalisierung durch Rechtsverordnung gesellschaftlich legitimiert und eine weitere Menschengruppe wird von der Teilnahme an den sonstigen sozialen Aktivitäten an Sonntagen und Feiertagen ausgeschlossen. *gst*

Hinter den Kulissen ...

*Ab dem 7. Juli kann man Aktien des Senders Pro 7 an der Börse handeln. Von der Werbung bleiben auch diejenigen nicht verschont, die sich dieses unsägliche Fernsehprogramm ersparen. Der 7. Juli ist ein Montag. Die Neuemission erfolgt deshalb am Montag, weil Pro 7 am Samstag zur besten Sendezeit fernsehhöfentlich in die Lostrommel greifen und die mehrfach überzeichnete Aktie zuteilen will. Die für die Öffentlichkeit nicht so sichtbare Verwaltungsarbeit, die in den Konsortialbanken für eine derartige Aktieneinführung nötig ist, dürfen die Bankangestellten dann am Sonntag leisten. Das ist gesetzwidrig, eine Ausnahmegenehmigung des Amtes für Arbeitsschutz kann auch nicht gegeben werden, da diese Arbeiten selbstverständlich auch an einem Werktag geleistet werden könnten. *gst**

Bayer: Gift-Regen in Dormagen

„Referenzanlage“ explodiert

Bayer-Werk Dormagen, Montag, 30. Juni, 21 Uhr: ein unter Druck stehendes Rohr platzt, minutenlang spritzt eine Fontäne mit heißer Flüssigkeit heraus und geht in einem Umkreis von 100 Metern zu Boden. Eine harzige Kruste überzieht die Anlage, eine öffentliche Straße und einen Parkplatz. Auch zwei Mitarbeiter und ein vorbeifahrender Zug der Bundesbahn werden getroffen, nur der späten Stunde ist es zu verdanken, daß nicht mehr Mitarbeiter des drittgrößten Bayer-Werks zu Schaden kommen.

An dem lecken Rohr entsteht Feuer, giftige Wolken steigen auf. Erst nachdem die Werksfeuerwehr den Brand gelöscht hat, kann das Leck geschlossen werden. Über 12 Tonnen Toluylendiamin (TDA) sind mittlerweile ausgetreten, eine unbekannte Menge des krebserregenden Stoffes ist in Rauch aufgegangen. Spezialtrupps reinigen die Umgebung notdürftig, unter anderem müssen 160 Autos dekontaminiert werden.

Sofort nach dem Unfall beginnen die propagandistischen Aufräumarbeiten: die Werksleitung behauptet reflexartig, es bestünde keinerlei Gefahr für Anwohner und Umwelt. Im juristischen Sinn läge gar kein Störfall vor, sondern lediglich ein „Produktaustritt“. Doch in Wirklichkeit bleiben die Folgen für die Umgebung unklar. Niemand weiß, welche Brandgase entstanden sind oder ob weitere Stoffe aus der Anlage ausgetreten sind. Höchstwahrscheinlich sind durch das Feuer Kohlenmonoxid und Stickoxide entstanden, wohin die Gase getrieben sind, ist unbekannt. Die beiden betroffenen Mitarbeiter und die Feuerwehrleute zeigen zwar keine unmittelbaren Symptome, aber Folgen des Kontakts mit dem stark gesundheitsschädigenden TDA können auch nach Jahren noch auftreten.

Toluylendiamin wird in Dormagen zur Herstellung von Polyurethan-Schaumstoffen (PUR) verwendet. Der Massenkunststoff PUR steht seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik, da für seine Herstellung hochgiftige Stoffe wie Phosgen (Kampfgas im Ersten Weltkrieg) und TDA verwendet werden. Regelmäßig heulen im Werk Dormagen die Sirenen wegen Phosgenalarm – nicht auszudenken wären die Folgen, wenn die Explosion auch die benachbarte Phosgenleitung beschädigt hätte.

Gerne sprechen die Chemie-Verbände von dem Bekenntnis der Konzerne zu „Responsible Care“, also dem verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Chemikalien und Anlagen. Wie nach jedem Unfall stellt sich aber die Frage, wann die Chemie-Multis endlich in eine wirklich vorsorgende Sicherheit investieren. Dies bedeutet zunächst, daß die gefährlichsten Produkte vom Markt ge-

nommen werden und risikoreiche Herstellungsverfahren auf Alternativen hin untersucht werden. Auch für die PUR-Produktion gibt es zum Beispiel einen risikoarmen Weg, der zwar seit langem bekannt ist, aber nicht zur Serienreife entwickelt wird.

Zum anderen müssen endlich die alten Forderungen erfüllt werden, risikoreiche Betriebe nicht in der Nähe von Wohngebieten zu betreiben und alle Anlagen mit einer doppelten Hülle zu sichern. Denn obwohl Leckagen in druckführenden Rohren zu den häufigsten Ursachen von Störfällen gehören, hat Bayer bis heute keine Vorkehrungen getroffen, diesen Unfällen vorzubeugen – eine Ummantelung von Anlagen und Leitungen bleibt die Ausnahme. Viele der heute betriebenen Anlagen sind 25 Jahre und älter, was die Gefahren in Zukunft noch erhöhen wird. Gefordert sind also statt gnadenloser Erhöhung des Shareholder Value verstärkte Investitionen in die Arbeitssicherheit und in den Umweltschutz. Hierfür ist unbedingt auch wieder eine höhere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nötig.

Trotzdem sinken die Investitionen für Umweltschutzanlagen seit vielen Jahren drastisch. Ironie der Geschichte: nur wenige Stunden vor dem Unfall legte Bayer seinen neuesten „Umweltbericht“ vor. Vorstandsmitglied Udo Öls räumte ein, daß der Konzern trotz Rekordumsatz weniger in diesen Bereich investiere, da das öffentliche Interesse an Umweltschutz gesunken sei. Seit 1990 habe das Unternehmen seine Investitionen auf dem Sektor etwa halbiert, was aber nicht zu Lasten von Umwelt und Sicherheit gehe...

Ein neues Licht wirft der Unfall auch auf die umstrittene Bayer-Investition in Taiwan, wo ebenfalls eine PUR-Fabrikation geplant ist. Wie berichtet, hatte Bayer für die dortige Genehmigung ausgerechnet die Produktion in Dormagen als Referenzanlage angegeben und Videos von dieser „Musteranlage“ verteilt. Auf Bedenken von taiwanesischen UmweltschützerInnen hatten die Verantwortlichen geantwortet, Bayer baue die sichersten Anlagen der Welt und es habe bei Bayer noch nie (!) einen Störfall gegeben. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Nachricht vom Dormagener Unfall in Taiwan buchstäblich wie eine Bombe einschlug und alle Medien über diesen Vorfall berichteten. Eine weitere Verzögerung des Baus, der schon vor 12 Monaten beginnen sollte, scheint unumgänglich, sogar ein Stopp der Planungen ist möglich.

Auszug aus STICHWORT Bayer, Ausgabe 3/97 Informationsdienst der Coordination gegen Bayer-Gefahren. Für Anfragen, Kontakte und kostenloses Probeabo: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940

„... gibt es heute nur noch die Freilassung“

Wir Gefangenen sind – nur graduell unterschiedlich – alle gesundheitlich stark geschädigt. Das ist eine Tatsache, die nicht mehr ignoriert werden kann.

Die ärztlich festgestellten organischen Schäden sind degenerativer Natur. Sie sind deutlich von üblichen Knastschäden unterscheidbare Ergebnisse von Langzeitisolation und nicht durchgeführter medizinischer Behandlung in den 90er Jahren.

Die Symptome sind hauptsächlich physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche und eine daraus resultierende geschwächte Arbeitskraft. Die Substanz, von der wir die ganze Zeit gelebt haben, ist aufgebraucht.

So ist die Situation. Das muß sozusagen in Rechnung gestellt werden.

Wenn sich jetzt Leute überlegen, was angesichts der Lage zu tun ist. Finde ich es aber wichtig, daß sie sich nicht ausschließlich auf unseren schlechten Zustand konzentrieren. Die Politik darf dabei nicht herausfallen, sonst saufen die wirklichen Zusammenhänge im Krankheitsjammer ab.

Das erste, das man in der heutigen Situation festhalten muß, ist, daß sich an den akuten Fällen wie bei Heidi und Helmut zeigt, daß medizinisch unter Knastverhältnissen gar nichts mehr zu machen ist.

Der Justizapparat ist ohne Probleme in der Lage, ärztlich angeordnete Untersuchungen über Jahre hinweg zu verzögern, Ergebnisse umzudeuten und notwendige Behandlungen zu hintertreiben. Inzwischen ist es in manchen Fällen so weit, daß auch im Knast eventuell mögliche Behandlungen nicht mehr anschlagen.

Das heißt aber nur, daß wir rausmüssen, bevor die systematische Zerrüttung zu irreversiblen Erfolgen kommt.

Das zweite sind die ursächlichen poli-

tischen Zusammenhänge, die es festzuhalten gibt.

Und da in erster Linie die sondergesetzliche Staatspolitik gegen uns, die von Anfang an und erklärtermaßen das Ziel hatte, uns als politische Menschen auszuschalten, und wenn nicht anders möglich, eben auch über die physische Zerstörung. Und weiter ist der zugespitzte Zustand bei uns übriggebliebenen Gefangenen jetzt konkret ein Ergebnis des Kurses von '92, in dem wir noch einmal so richtig zubetoniert worden sind.

Vernichtungshaft, der Begriff war immer präzise.

Dieses Politik gegen uns muß aufgehoben werden. Da gibt es heute nur noch die Freilassung.

Darum geht es, das ist unser Lösungsansatz, weil, wie sich zeigt, auch medizinisch anders nichts mehr real wird.

Und das darf nicht mit der Krankheitsmisere zugeschüttet werden.

Christa Eckes zum Brief von Rolf-Clemens

Einige haben bereits von der zugespitzten gesundheitlichen Situation von Helmut Pohl und Heidi Schulz erfahren. Und davon, mit welchem Zynismus der Apparat reagiert. Ihre körperliche Verfassung ist das kalkulierte Ergebnis jahrelanger Isolation und fortdauernder Angriffe auf ihre Gesundheit und ihre politische Integrität.

Bei Heidi sind es jetzt 15 Jahre, bei Helmut insgesamt 21 Jahre.

Die Situation aller anderen Gefangenen ist entsprechend.

Dazu noch ein Gedanke.

1975, vor 22 Jahren, stellte der Journalist einer bürgerlichen Zeitschrift mit Blick auf den Prozeß in Stammheim und auf die Gefangenen fest:

„Wer ein halbes Jahr eingesperrt ist, gleicht einem Menschen, der einen schweren operativen Eingriff erlitt. Wer fast drei Jahre eingesperrt ist, gleicht einem Menschen, dem ein Glied amputiert wurde.“

Das waren zu dieser Zeit, zwei Jahre vor 77, noch mögliche Wahrnehmungen sogar von Menschen, die uns, den Gefangenen aus der RAF, vollkommen feindlich gesinnt waren. Das war in einer Zeit der hochgepeitschten psychologischen Kriegführung.

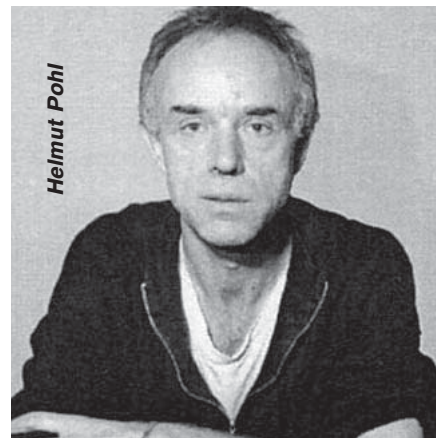
Heute geht es bei den Gefangenen zeitlich um ganz andere Ausmaße –

Und Zeit ist eine Dimension der Folter, wie das Mittel, die Isolation.

Rolf Heißler, insgesamt 22 Jahre

Helmut Pohl, insgesamt 21 Jahre

Brigitte Mohnhaupt, insgesamt 19 Jahre



Helmut Pohl

Stefan Wisniewski, 19 Jahre
Rolf-Clemens Wagner, 18 Jahre
Sieglinde Hofmann, 17 Jahre
Heidi Schulz, 15 Jahre
Christian Klar, 15 Jahre
Eva Haule, 11 Jahre
Birgit Hogefeld, 4 Jahre

Heute erscheinen die Sinne der Menschen hier draußen abgestumpft gegenüber dieser Realität, wie auch gegenüber der wachsenden Destruktivität der BRD-Macht insgesamt.

Die RAF ist heute Geschichte im Gegensatz zu 1975.

Die Vernichtungshaft aber ist ungebrochene Realität.

Die konkrete Situation der Gefangenen

Vorweg einige Sätze zur Systematik der Maßnahmen:

die vielen Jahre der Isolation sind der fundamentale Angriff auf jeden Gefangenen. Darauf bauen alle weiteren Sondermaßnahmen, Differenzierungen auf.

Es sind drei Stufen: zuerst die absolute Isolation.

Später wird der Faktor Zeit bedeutsam. In dieser Phase – nach mindestens 4 bis 6 Jahren – werden Kontakte innerhalb des von Widersprüchen aufgeladenen Knastalltags zugelassen.

Die Isolation nach außen bleibt, genauso die Sondermaßnahmen. Der Staatsschutz und die BAW haben weiter und bis heute ihre Pfoten auf den Bedingungen, sie bestimmen, was läuft.

Dann, wenn die physischen Folgen der Haft durchbrechen, können sie im Knastapparat als weitere und als die zynischsten Waffen gegen die Gefangenen eingesetzt werden.

Die Knastmedizin hat generell die Funktion der Ruhigstellung, der Neutralisierung von Widerstandsgeist, der Absegnung der schlimmsten und entwürdigsten Angriffe auf Gefangene. Gegen die politischen Gefangenen kommt das potenziert zum Einsatz.

Helmut Pohl

Helmut ist seit Juli 84 gefangen, davor war er schon einmal 2 Jahre und 6 Jahre im Knast. Das Urteil gegen ihn: lebenslang. Seit 87 ist er in Schwalmstadt.

Seit Ende 89 ist er mit Rolf-Clemens Wagner zusammen.



Heidi Schulz



Rolf Heißler



Brigitte Mohnhaupt



Rolf-Clemens-Wagner



Sieglinde Hoffmann



Christian Klar



Eva Haule

Seit 89 ist dem Knast bekannt, daß Helmut ein Wirbelsäulenleiden hat, das sich in schweren körperlichen Krisen alle zwei Monate äußerte, mit Taubheitsgefühlen im Arm, krassen Schmerzen im Rückenbereich bis zum Zusammenbruch der Körperfunktionen. Anstaltsarzt Bäblich in Schwalmstadt sagte zu Helmut, daß er „so einen wie ihn nicht behandelt“. Anträge auf externe Fachärzte des Vertrauens wurden abgelehnt.

Deswegen entschloß sich Helmut zu einer Klage gegen das Land Hessen.

In dem dazu von ihm eingeleiteten Beweissicherungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung kommt es 1992 zu den ersten relevanten Untersuchungen. Die Röntgenaufnahmen von diesen Untersuchungen „verschwinden“ auf dem Weg zum Knast! Denn ohne Röntgenaufnahmen sind therapeutische Maßnahmen nicht möglich.

Im Dezember 96 hat Helmut einen Bandscheibenvorfall im Lendenwirbelbereich. Die Untersuchung, die das feststellt, wird erst 2 Monate nach dem Vorfall zugelassen. Der externe Facharzt stellt fest: Bei Helmut haben sich außerdem Verknöcherungen über mehrere Halswirbel hinweg gebildet, die ins Rückenmark hineinragen und es an einer Stelle eindrücken.

Es droht eine irreversible Lähmung.

Der Facharzt sieht die Notwendigkeit einer Operation.

Die BAW sieht keinen Handlungsbedarf. Sie fordert einen zweiten Gutachter.

Dieser Gutachter, der seit über 20 Jahren im Gutachtergeschäft für die Gefängnisbehörden tätig ist, sagt zu Helmut, er „müsse damit leben“. Er widerspricht dem ersten Gutachter.

Die BAW bezieht sich allein auf diesen zweiten Gutachter, sieht weiter keinen Handlungsbedarf. Die Anstalt (!) „wird prüfen“, so die BAW, was innerhalb des Knastes zur Behandlung zu tun ist, also die, die über 8 Jahre alle verhindert haben.

Es geschieht also nichts.

Das ist der Stand bei Helmut.

Die Schmerzen nehmen weiterhin zu, genauso die Bewegungseinschränkungen.

Heidi Schulz

Heidi wurde im November 82 verhaftet. Sie war 6 Jahre in Einzelisolation. Nach dem Hungerstreik 89 war sie in einer

Kleingruppe zusammen mit drei weiteren Gefangenen aus der RAF. Diese Kleingruppe existierte nur wenige Jahre. Heute ist sie allein mit Sieglinde Hoffmann im Gefängnis Köln-Ossendorf.

Das Urteil: 2x lebenslang. 1994 der 2. Prozeß, ein Kronzeugenprozeß: ein weiteres lebenslang.

Die Situation von Heidi ist genauso gravierend.

Bei Heidi kommen seit 1990 immer mehr die physischen Auswirkungen der Isolationshaft zum Durchbruch.

Nach der Feststellung einer Knotenbildung in der Brust beantragt Heidi 1991 die Zulassung einer Ärztin. Nach Verzögerungen, nach Versuchen, Ärztinnen durch diskriminierende Maßnahmen abzuschrecken, nach 14 Monaten, wird eine Ärztin zugelassen.

Sie stellt fest, Untersuchungen außerhalb des Knasts sind erforderlich, es werden schließlich Operationen notwendig.

Alle Untersuchungen, jeder Eingriff wird verschleppt und findet unter menschenunwürdigen Bedingungen statt. Therapeutische Maßnahmen, Medikamente bekommt Heidi mit Verzögerungen bis zu zwei Monaten oder eben gar nicht.

Es ist ein elendes Tauziehen um Selbstverständlichkeiten Monat um Monat, Jahr um Jahr, das Kräfte frißt. Man kann sich die immer neuen Palette von Lügen und Willkürmaßnahmen Tag für Tag nicht vorstellen, wenn man nicht selbst unmittelbar mit diesem Knastregime konfrontiert war, als Gefangener oder Angehöriger.

Das Ergebnis ist, der Gesundheitszustand von Heidi verschlechtert sich stetig. Es hat ein rapider Gewichts- und Kräfteverlust eingesetzt.

Jedem mit geringer medizinischer Kenntnis ist bekannt, daß Gewichtsverlust ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zu stoppen ist. Jede weitere Zeit im Gefängnis wird immer mehr zu einer unmittelbaren Lebensbedrohung.

Die Situation von allen anderen Gefangenen aus der RAF unterscheidet sich nicht grundsätzlich. Die Entwicklung bis zu dieser Zuspitzung bei Heidi und Helmut ist exemplarisch für das, was bei allen stattfindet.

Es gibt Differenzierungen in den Maßnahmen, und bei jedem Mensch ist der Punkt, wo die Vernichtungshaft in massive körperliche Zerstörung umschlägt, ein anderer, je nach seiner physischen Konstitution.



Birgit Hogefeld

Rolf-Clemens benennt die allgemeinen Symptome: physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche. Alle körperlichen Schäden – die massiven Wirbelsäulen-Probleme, die Überreizung der Verdauungsorgane, Tinnitus – deuten auf die Ursache des systematischen Reizentzugs, der Entsinnlichung, bei gleichzeitiger Herstellung eines permanenten Spannungszustands. Der Knast ist ein verödeter Raum, die Isolation potenziert diese Verödung um ein Vielfaches. Aber man darf sich nicht vorstellen, daß dort ein einziger Tag ohne Übergriffe vergeht. Der Körper ist ständig alarmiert, schließlich verweigert er sich Bedingungen, die nicht zum Leben, sondern zur Vernichtung gemacht sind.

Mit Streßerfahrungen hier draußen im Alltag ist das in nichts zu vergleichen, wo jede Situation die Möglichkeit des Veränderns oder des Ausweichens in sich hat.

Christian sagt in seinem Interview im April (*Süddeutsche Zeitung Magazin* 25.4.97) auf die Frage nach der Wirkung der Haft: „Ich bin schon weit darüber hinaus, dafür noch Worte zu haben. Die Isolationshaft zerschlägt den Gefangenen buchstäblich in Einzelstücke, mit dem Kalkül, daß er jahrelang ohne Rückhalt sich in seiner Qual an die Macht wendet, ihn wieder heil zusammenzufügen. Politische Gefangene sitzen einen doppelten Knast ab. Da ist einmal die direkt gegen sie gerichtete Maßnahmen, und dazu noch die demonstrative Seite, mit der der Staat auf die Gesellschaft zielt!“

Christa Eckes

Hintergrundinformationen insbesondere zur Situation von Heidi und Helmut sind unter folgenden Adressen zu bekommen:

Gila Pohl, PF 700 830, 60558 Frankfurt
Mathias Meyers, PF 1205, 55002 Mainz
Spendet auf das Angehörigenkonto, Stichwort „Freilassung“, Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Kto-Nr. 54 54 194

Die **ARGE Konkrete Demokratie** – Soziale Befreiung in und bei der PDS lädt ein zu ihrer satzungsmäßigen **Mitgliederversammlung '97**

Sie findet im Rahmen der Linken Sommerschule am Freitag, dem **1. August 1997**, 20 Uhr, im Restaurant Hermannstein, 99880 Schnepfenthal (Thür.) statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht der Sprecherin und des Sprechers

2. Neuwahl der Sprecherin und des Sprechers

3. Weiterführung des Projekts Linke Schule

4. Wahlstrategie der PDS

Interessentinnen und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Es besteht die Möglichkeit, im Hermannstein zu übernachten. (Vorherige Rücksprache mit dem Wirt ist zu empfehlen. Telefon: 03622-2917)

In der Sommerschule werden diesmal die folgenden Themen behandelt:

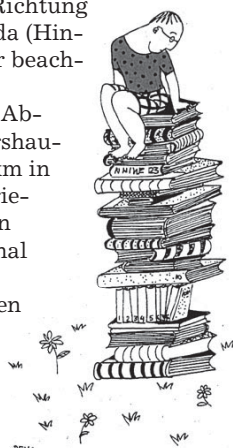
AG Geschichte: An den Wurzeln der Totalitarismustheorie (Hannah Arendt)

AG Wirtschaft: Wirtschaftliche Interessen, soziale und politische Formierung und staatliche Intervention. (Aktuelle Schwerpunkte: Euro, EWWU, Alternatives Wirtschaften, theoretische Texte von Weber, Sombart und Bourdieu)

AG Philosophie: Auseinandersetzung mit Hegel (Rationalisierung von Herrschaft)

Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof. Die Bahn gibt Auskunft. Vom Bahnhof sind noch etwa 900 m Fußweg in Richtung Friedrichroda (Hinweisschilder beachten).

Von der A4, Abfahrt Waltershausen, etwa 6 km in Richtung Friedrichroda. In Schnepfenthal hinter den Bahnschienen Hinweisschilder zum Hermannstein beachten.



8./9. Juli: NATO-Gipfel in Spanien beginnt mit der „NATO-Osterweiterung“

31. 7.-3. August: Linke Sommerschule in Schnepfenthal

26. August–1. Sept.: Europäischer Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir. Infos bei: Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171/981348

29.-31. August: UZ-Pressfest, Dortmund.

1. September: Antikriegstag

6./7. September: Parteirat der PDS tagt in Düsseldorf. Schwerpunktthema: Wie weiter mit dem Linken Reformprojekt – Positionen und Aktivitäten der PDS, Situation der westdeutschen Landesverbände.

21. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

26.–28. September: Internationale Che-Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: Grüner Länderrat in Magdeburg

Vom 5. bis 11. Oktober ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

Anfang Dezember tagt der SPD-Bundesparteitag in Hannover

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg; GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart